

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magagnistraße 6/7 II — Fernspr.: Königsstadt 1076 — Postfachkonto Berlin 5386 — Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Beizungelt seid ihr nichts — Vereintigt alles!

Angesichts die schlagelapptene Kleinzeile 15 Mark Angeltgen- und Verbandsgelder sind an Otto Behms, Berlin D 27, Magagnistraße 6/7 II, zu richten. — Bezug nur durch die Post Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: (Hauptblatt): Der Vorstoß der Reaktion. — Ein ernstes Wort in erster Zeit. — Die Aktiengesellschaften gegen die Betriebsräte als Aufsichtsräte. — Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Gewerkschaftsfrage. — Gintertreppenpolitiker. — Existenzminimum und Einkommen. — Internationaler Gewerkschaftskongreß (III). — Die deutsche Textilindustrie vor und nach dem Kriege (V). — Zum Kampf um die 46-Stunden-Woche. — Berichtigung. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Sachreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen.

Der Vorstoß der Reaktion.

Industriekapitäne an die politische Front! Mit diesen Worten schloß der Reichstagsabgeordnete Dr. Reichert, der Geschäftsführer des „Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, eine Rede, die er am 2. Mai in einer Berliner Tagung des genannten Vereins gehalten hat. Die Rede, ebenso wie die des Vorsitzenden des „Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, Dr. Meyer (Groß-Ilse), stellen ein Kampfprogramm dieser Industriellen innerhalb der Wirtschaft und der Politik im allgemeinen dar. Die Schwerindustrie wird nicht mit Unrecht als das Herz des wirtschaftlichen Lebens bezeichnet. Von ihr aus erfolgt der Pulsschlag, der unser Wirtschaftsleben immer von neuem belebt. Die wirtschaftliche Macht dieser Industriegruppe ist eine große, und durch die gewaltige Zunahme der Betriebskonzentrationen, der Trusts, Syndikate, Kongerne, Fusionen, die sich meist hinter den Kulissen vollziehen, haben die Industriekapitäne in der Nachkriegszeit einen ungeheuren Zuwachs an wirtschaftlicher Macht errungen. In wenigen Händen liegt das Schwerkern unserer gesamten Wirtschaft, die zielbewußt, gemäß der kapitalistischen Tendenz, die politische Macht von neuem innerhalb des demokratischen Staatswesens zu restaurieren versuchen, damit sie das Reich wirtschaftlich sowie politisch beherrschen.

Die Macht der Industrie ist längst zu einer Gefahr für die Demokratie geworden.

Die Reichsregierung hat wiederholt vor der Macht der Industriekapitäne die Segel streichen müssen. Das neue Steuerkompromiß ist letzten Endes der Regierungskoalition durch die Finanz- und Industriekönige aufgezwungen worden. Diese Erfolge der letzten Zeit haben wesentlich zur Aufmunterung der Industriekönige beigetragen, und diese schrauben nun ihre Forderungen noch höher.

Der programmatische Aufruf an die Industriellen paßt so recht in den Rahmen der von den Industriegewaltigen auf breiter Front wirtschaftlich und politisch aufgenommenen Kämpfe. Das Machtstreben der Industriellen steht noch fest zu dem Plane,

die Reichseisenbahnen in ihre Gewalt zu bekommen.

Durch Anwendung politischer und wirtschaftlicher Kampfmittel zugleich sucht man dieses Ziel zu erreichen. Das Reich muß z. B. für Eisen und Stahl, das es für die Reichseisenbahnen benötigt, höhere Preise bezahlen als die Privatindustrie. Hieraus ergibt sich die Unrentabilität der Reichseisenbahnen. Dies wird nun wiederum als Grund von den Industriellen für die Auslieferung derselben an die Privatindustrie geltend gemacht. Die Industriellen suchen also mit wirtschaftlichen Gewaltmitteln Reichsbesitz an sich zu reißen, um auf diese Weise ihre Machtstellung zu erweitern. Durch die Auslieferung der Reichseisenbahnen würde der Ring geschlossen und die unbeschränkte Machtstellung der Industriekapitäne entgegen der Demokratie sichergestellt.

Wenn Dr. Reichert unter anderem sagt, „daß die Sanierung der Reichseisenbahnen und die dringende notwendige Hebung der Arbeitsleistung überhaupt nicht ohne die Zustimmung der Arbeiterschaft möglich sei“, so ist dies lediglich ein Lockruf, über den man jedoch nicht ohne weiteres hinweggehen kann.

Das Steuerkompromiß z. B. ist von der Sozialdemokratischen Partei als Regierungspartei mitgeschluckt worden, und nun glaubt Dr. Reichert, daß die SPD. unter der Wucht der wirtschaftlichen Macht der Industriellen als Koalitionspartei auch noch der Abtretung der Reichseisenbahnen und der Beseitigung des Achtstundentages zustimmen wird. Wir haben ja in den letzten Jahren so vieles und schier Unmögliches in der Politik erlebt, aber hierin täuscht sich Dr. Reichert. Auch dann, wenn er sich zum Beweis auf Schippel, Kallist, Cohen u. a. beruft, die der Stinnes-Partei Helfersdienste in der Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages leisteten. Diese sonderbaren Sozialdemokraten sind nicht die SPD. Es sind Quertreiber, die seit längerer Zeit in dieser Weise Politik machen und herumspiekeln. Herr Dr. Reichert verkennt hier vollkommen, daß in diesen wichtigen Fragen nicht die Partei als solche, sondern die Arbeiterschaft selbst entscheidet. Gerade hierin liegt die Gewähr, daß diese Fragen nicht zum Schachergeschäft einer Koalitionspolitik gemacht werden können. Bei einer etwaigen Antastung der Reichseisenbahnen und des Achtstundentages stößt das Kapital auf den geschlossenen Widerstand der Arbeitnehmerschaft.

Die Industriellen haben mit aller Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, ausgesprochen, welches ihre nächsten Machziele sind: Die Anschreißung der Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft, verbunden mit der Beseitigung der letzten Reste der Novemberrevolution, des Achtstundentages.

„Wir können und müssen wieder mehr Arbeit leisten, damit der Lohnanteil an unseren Erzeugnissen verringert wird. Das Festhalten am schematischen Achtstundentag paßt schlecht für ein unterlegenes Volk in Zeiten bitterster Not. Nur aus uns selbst kann Heilung kommen, nur in der Arbeit liegt unsere Rettung.“ So redete Dr. Meyer auf derselben Tagung der Industriellen. Dies ist deutlich. Gut deutsch würde es heißen: Mehr Arbeit und weniger Lohn.

In diesem Zusammenhang gesehen, zeigt der Angriff der Industrie mit Hilfe der ihr ergebenen Reichsregierung auf das Koalitionsrecht der Arbeiter und zeigen ferner die Kämpfe, die sich gegenwärtig in der Metall- und Textilindustrie abspielen, daß das Unternehmertum auf breiter Front unter Anwendung wirtschaftlicher und politischer Kampfmittel den Vormarsch begonnen hat, um die Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durchzusetzen. Es gehört dies ja in das Wiederaufbauprogramm der Industriellen. Unter Wiederaufbau verstehen sie die Abwälzung aller Lasten aus dem Krieg und dem nachfolgenden Friedensvertrag auf die Schultern der breiten Volksmassen, damit das Kapital auch in der Zeit der ungeheuren Not des Volkes noch übermäßige Gewinne heraus schlagen kann. Die Notlage des Volkes wird erst recht ausgenützt, um Gold zu münzen.

Die Kämpfe in der Metall- und Textilindustrie sind durch das Unternehmertum ganz darauf eingestellt, die Frage des Achtstundentages durch den wirtschaftlichen Machtkampf zu entscheiden.

Das Unternehmertum setzt jeder Lohnzulage, die von der Arbeiterschaft gegenwärtig gefordert wird, den schärfsten Widerstand entgegen, obwohl die Preise für alle Bedarfsartikel infolge der freien Wirtschaft und des Marksturzes eine geradezu schwindlige Höhe erklommen haben. Die Löhne bleiben immer weiter hinter den Preissteigerungen zurück. Der Lohn eines Textilarbeiters beträgt ungefähr das Dreifache, während die Preise auf das Sechzigfache gestiegen sind. Die Verelendung der Arbeiterschaft vollzieht sich mit Riesenschritten, und aus dieser Arbeiterschaft sollen noch höhere Leistungen im Interesse des Kapitals herausgepreßt werden. Dies ist eine Politik des Irrsinn. Soweit aber die Dinge im Machtbereich des Unternehmertums liegen, so läßt es sich von den gewagtesten Experimenten nicht abhalten, und es wird strupplos seinen Machtanspruch durchsetzen, wenn die Möglichkeit dazu gegeben ist, auch wenn dabei ein Volk zugrunde geht.

Es ist eitel Hohn und Heuchelei, wenn die Industriellen von der Arbeiterschaft mehr Arbeit verlangen im Interesse des Wiederaufbaues, wenn man die ungeheuren Gewinne, die die Industrie abwirft, sich betrachtet.

Die Industrie weiß nicht, wie sie die kostigen Gewinne verkaufen soll.

Sie nehmen deshalb Zuflucht zu den gewagtesten Bilanzschiebungen, um die Deffizitfähigkeit über die wirklichen Ergebnisse hinwegzutäuschen. Wir werden in unserer wirtschaftlichen Beilage einen Teil der Gewinne innerhalb der Textilindustrie registrieren. Aber wir möchten hier schon ein Beispiel anführen. Die Neue Baumwollspinnerei und Weberei Hof Akt.-Ges. hat an ihre Aufsichtsräte — es sind deren 12 — für ihre „mühevollen“ Arbeit

jedem 820 000 Mk. vergütet.

Das ergibt eine Summe von 9 840 000 Mk. Diese Summe hat man vorher dem Gewinnergebnis entnommen und hat sie jedenfalls unter Betriebsunkosten verbucht. Neben dieser Summe hat man dem Gewinnergebnis vorher noch 7 020 114 und 126 690 Mk. entnommen und dann verbleibt trotzdem noch ein Gewinn von 13 031 721 Mk. Die Lohnquote der Arbeiter dieses Betriebes steht zu diesem Gewinnergebnis in keinem Verhältnis.

Die 12 Aufsichtsräte haben beinahe soviel an Vergütung für ihre wenigen Sitzungen erhalten, als 1000 Arbeiter des Betriebes dieser Firma das ganze Jahr an Lohn erhielten.

Derartige Gewinnergebnisse sind ein Beispiel für die Ausbeutung und Auswucherung der breiten Volksmassen, wie sie frasser nicht zu finden sind. Man soll uns deshalb vom Leibe bleiben mit diesen törichtesten Redensarten, daß im Interesse des Wiederaufbaues mehr Arbeit gefordert werden muß. Einseitige Profitinteressen sind die Triebfeder zu diesen Forderungen, und übrigens sind uns ja die Herren der Industrie nur allzugut bekannt. Die Arbeiterschaft wird wissen, woran sie mit ihnen ist.

Die Arbeiterschaft hat aber die Pflicht, endlich gegen diesen Ansturm des Unternehmertums eine geschlossene Front darzustellen.

Es ist leider bedauerlich, daß dies heute nicht der Fall ist, ja daß ein Teil der Arbeiterschaft Gefallen daran findet, aus egoistischen Parteiinteressen heraus die Gewerkschaftsbewegung verunglimpft und in den Schmutz zieht. Kommt die Arbeiterschaft nicht bald dazu, eine geschlossene Front zu bilden, dann ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sie von der Reaktion überrannt wird und in dem Kampf um die Erhaltung und Verteidigung ihrer Rechte unterliegen muß.

Es ist die höchste Zeit, daß sich die Arbeiterschaft auf sich selbst besinnt und im Wollen und Handeln einig ist. Das Kampfziel liegt klar vor uns. Wir brauchen uns dem nur in Einigkeit und Geschlossenheit gegenüberstellen. Dazu ist aber auch Voraussetzung, daß der weiteren Vergiftung der Arbeiterbewegung Einhalt geboten wird. Die Schädlinge der Arbeiterbewegung müssen endlich kaltgestellt werden. Der engstirnige Parteigeist muß zurücktreten gegenüber den großen Erfordernissen der zukünftigen Kämpfe.

Ein ernstes Wort in erster Zeit.

Die Entwicklung unseres Verbandes bewegt sich in ständig aufwärtssteigender Linie. Die Kurve dieser Aufwärtsentwicklung zeigt uns, daß der Verband gegenwärtig zirka 700 000 Mitglieder zählt. Das ist ein erfreuliches Zeichen der Werbetätigkeit unserer Ideen und ein Beweis der unermüdbaren Tätigkeit unserer Funktionäre. Der unaufhaltsame Aufstieg des Verbandes beweist aber auch weiter, daß die vom Vorstand in allen parteipolitischen und wirtschaftspolitischen

Fragen eingenommene Haltung die allein richtige war. Bei der Würdigung des erreichten Mitgliederstandes darf jedoch nicht verkannt werden, daß die gemachten Fortschritte noch bedeutender, die erzielten Erfolge noch größer sein würden, wenn das taktische Verhalten des Vorstandes allenfalls das nötige Verständnis und die tatkräftige Unterstützung gefunden hätte.

Würden Vorstand, Verbandsfunktionäre und Mitglieder in ihrem Willen eine geschlossene Front bilden, würden Angestellte und andere Funktionäre in allen Situationen den Mitgliedern gegenüber die Uebermittler des Vorstandswillens sein, würden beide sich gegen jede Außerachtlassung und Umgehung der Verbandsaufgaben auflehnen, so würden sie auch in den stürmisch bewegtesten Zeiten die notwendige Disziplin zu wahren verstehen. Würden alle unsere Funktionäre, um es kurz zu sagen, jederzeit zu Schutz und Trutz hinter dem Vorstand stehen, stände es besser um den stolzen Bau unserer Verbandsorganisation. Unsere Agitation brauchte sich dann in der Hauptsache nicht darauf zu beschränken, die Indifferenten und Unorganisierten dem Verbands als Mitglieder zuzuführen. Wir wären dann in der Lage, in kampfesfrohen Auseinandersetzungen die gegnerischen Verbände der Christen und Hirche erfolgreich zurückzudrängen und andere Außenseiter am Aufkommen zu hindern. Vor allem aber könnten wir bei passender Gelegenheit den Kampf um die Weltanschauung, die uns voneinander trennt, austragen. Die vorstehend skizzierten geradezu unbegrenzten Agitationsmöglichkeiten sind uns jedoch nur gegeben, wenn der Vorstand sich ganz auf den Kampf gegen diese Richtungen einstellen kann. So aber muß der Kampf gegen zwei entgegengesetzte Fronten und gegen die Marodeure in den eigenen Reihen geführt werden. Das ist ein Uebelstand, unter dem außerdem die dringende notwendige Aufklärung, Bildung, Disziplinierung, Erziehung und Schulung der vielen Hunderttausend neu gewonnener Mitglieder leidet. Die meisten dieser dem Verband zugeführten Mitglieder sind denn auch alles andere als Klassenkämpfer.

Und so ist es dem durchaus kein Wunder, wenn gegebenenfalls nicht nur die Mitglieder, sondern auch Funktionäre und Angestellte in schwierigen Situationen oftmals versagen. Mit einem Eifer, der meistens einer besseren Sache wert wäre, lassen sie sich gedankenlos von Stimmungen und Strömungen leiten. Widerstandslos folgen sie geheimen Anweisungen politischer Parteien und Parteiparolen, dadurch häufig wichtige und erfolgversprechende Maßnahmen des Vorstandes durchkreuzend. Außerdem ist ihnen noch eins gemeinsam: das Schimpfen auf die Instanzen. Ein solches Verhalten, von Angestellten, Funktionären und Mitgliedern geübt, bedeutet (bewußt oder unbewußt, lassen wir dahingestellt) schwerste Schädigung der Verbandsinteressen.

Wir wollen hier nicht untersuchen, woran es liegt, daß blöde Generalfreistreiber auch in unseren Mitgliederkreisen einen genügenden Resonanzboden finden, um gelegentlich Verwirrung anzurichten. Wir wollen auch nicht untersuchen, woher es kommt, daß die Arbeiterbewegung mehr und mehr in die Defensive gedrängt und die Reaktion mit jedem Tage kräftiger und stärker wird. (Und das, obgleich die Arbeiterorganisationen an Mitgliedern zunehmen.) Nur auf eins wollen wir hinweisen: wenn von bestimmter Seite bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit nach dem Generalfreistreiber gerufen wird, so erreicht das hysterische Geschrei politischer Rindstöpfe nur, daß die schneidige Waffe des Generalfreistreibers vorzeitig stumpf und scharf wird, so daß sie für die Reaktion ihre Schrecken verliert. Durch allzu häufige Anwendung wird der Generalfreistreiber zu einem Messer, dem die Klinge und das Heft fehlt. Diejenigen, die tagtäglich mit dem Generalfreistreiber operieren, sind entweder politische Narren oder Verbrecher. Der Weg unsinniger Parolen führt nicht nur in den Abgrund, sondern zur Erdrosselung der gesamten Arbeiterbewegung. Wie die Erfahrungen lehren, wird diese Erkenntnis vielen leider erst aufgehen, wenn es zu spät ist. Darum warnen wir beizeiten vor diesem giftigen Sput.

Wohin es führt, wenn sinnlose Parolen ausgegeben und befolgt werden, zeigen die neuesten Vorgänge in Leipzig. Dort versuchte eine Handvoll trafeelischer und rauflustiger Elemente unter Führung verantwortungsloser Personen den Verbandstag der Bauarbeiter zu sprengen. Das wahnwitzige Vorhaben scheiterte letzten Endes an dem gesunden Sinn der Leipziger Arbeiterschaft. Das gegen den Verbandstag der Bauarbeiter gerichtete Vorgehen der „revolutionären Helden Leipzigs und ihrer „Führer“ steht auf derselben Höhe sittlicher und geistiger Verwahrlosung, wie der von denselben Leuten feinerzeit inszenierte Sturm auf das Berliner Gewerkschaftshaus.

Und wie sieht es bei uns aus? In Augsburg und andernorts wird der Verbandsvorstand des Berrats beächtigt, aufs schwerste bedroht und in wüßtester Weise heruntergerissen und beschimpft. Auch hier dasselbe Schauspiel: nicht nur unaufgeklärte Mitglieder, sondern auch Funktionäre und Angestellte machen diese kindische Heße mit. Bei letzteren ist Uebeldienerei und Urteilslosigkeit gepaart mit Urteilsunfähigkeit die Triebfeder ihres Handelns. Es gibt Angestellte — das muß einmal offen ausgesprochen werden —, die teils aus Charakterlosigkeit, teils aus Mangel an Mut stets mit dem Strom schwimmen. Meistens bitteren persönliche Motive, selten ehrliebe Ueberzeugung ihr Auftreten. Niedrigster Populäraristokratie werden skrupellos die Interessen der Organisation geopfert. Derartige Angestellte, die Erzieher der Mitglieder sein wollen, bedürfen selbst noch der Erziehung. Ohne zu bedenken, daß sie durch ihr Handeln zu Schädlingen der Organisation werden, verfolgen sie ihre egoistischen Ziele.

Angesichts solcher Taten berührt es sonderbar, daß gerade die „Heilengestalten“ dieser Kadaverbewegung zur Bildung einer alle Kopf- und Handarbeiter umfassenden Einheitsfront aufrufen. Die von dieser Seite mit verdächtigem Eifer propagierte Einigkeit, die mit Hilfe von Bierseideln und Stuhlbeinen geschaffen werden soll, muß, wenn sie wirklich zustande kommt, höchst sonderbar aussehen. Trotz alledem ist aber doch die Tatsache zu verzeichnen, daß diesen merkwürdigen Einigkeitssaposteln schon mancher Sempel auf den Leim getrocknet ist. Bei allen einschlägigen und denkfähigen Menschen besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß mittels Anwendung solcher, dem Arsenal des preußisch-deutschen Militarismus entnommenen Kampfmittel die notwendige proletarische Einheitsfront nicht herbeigeführt wird. Die in Leipzig, Berlin, Augsburg und anderen Orten angewandten „Kampfmethoden“ wirken nicht überzeugend, sondern abstoßend. Sie verschärfen die Gegensätze und machen sie zu guter Letzt unüberbrückbar. Und der tatsächliche Erfolg solcher „revolutionären“ Aktionen? Die Reaktion jubelt!

Die letzten spärlichen Errungenschaften des 9. November 1918 gehen der Arbeiterschaft verloren, wenn dem Treiben verantwortungsloser Gesellen nicht Einhalt geboten, wenn die Umkehr von dem ins Verderben führenden Wege nicht sofort erfolgt. Während in den Reihen der Arbeiterschaft der Bruderkampf tobt, während die politischen Arbeiterparteien nach den verschiedensten Richtungen auseinanderstreben, während Fanatiker durch die oben gekennzeichneten Methoden die Gewerkschaften zu „erobert“ versuchen, arbeitet die Reaktion mit größtem Erfolge an der Verwirklichung ihrer

Pläne. Sie benutzt Zant und Streit in der Arbeiterbewegung, um die wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolution nicht nur abzubauen, sondern bis auf die letzten Reste zu beseitigen. Der Erreichung dieses Zieles ist sie schon bedenklich nahegekommen.

Am Reichsarbeitsministerium, im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, im Reichsrat und im Reichstag wird emsig gearbeitet an neuen Knebelungs- und Zwangsgeetzen zur völligen Entrechtung, Verflistung und Unterdrückung der Arbeiterschaft. Die Reaktion geht aufs Ganze! Sie will die gesamte wirtschaftliche Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, in Fesseln legen. Diesem Zweck dienen:

- die Schlichtungsordnung,
- der Gesehentwurf über Arbeitskämpfe und Berufserklärungen,
- der Gesehentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine,
- der Arbeitsgerichtsesehentwurf,
- der Arbeitsstarkeesehentwurf,
- der Arbeitsnachweiseesehentwurf,
- der Arbeitslosenversicherungesehentwurf,
- und die Arbeitszeitesehentwürfe.

Erlangen alle diese Gesehentwürfe Gesehskraft, dann ist die Koalitionsfreiheit aufgehoben, das Streikrecht erdrückt und teilweise sogar unter Strafe gestellt. Dann wird der Arbeitszwang und die Verhaftung freilebender Arbeiter eingeführt; die Verriichtung übernommener Streikarbeit wird gesetzliche Pflicht. Die Gewerkschaften werden finanziell ruiniert; ihre Beschlüsse können gerichtlich angefochten werden; das aktive und passive Wahlrecht der Mitglieder wird von einem amtlich vorgeschriebenen Alter abhängig gemacht; der gesetzliche Streikbrecherchutz wird eingeführt und die technische Nothilfe von Gesehen wegen anerkannt. Der achtstündige Arbeitstag wird aufgehoben, die Arbeitslosen unterliegen dem Versicherungszwang mit eigener Beitragsleistung, lärglichsten Unterstützung und allen Schikanen, die derartiger Zwang mit sich bringt. Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die sich das Vertrauen weitester Arbeitnehmerkreise erworben haben, werden den ordentlichen Gerichten angegliedert, und damit wird die Spruchpraxis in gewerblichen Streitfällen verschlechtert.

Das sind die ihrer Verwirklichung entgegengehenden Absichten der Reaktion. Die Reichsregierung ist zum wüßrigen Werkzeug dieser arbeitserindlichen Gesehskraft geworden. Sie hält schärfsten Kurs nach rechts! Aber selbst aus Arbeiterkreisen wird den reaktionären Volksfeinden wertvolle Hilfe zuteil. Alle diejenigen Arbeiter leisten der Reaktion Hand- und Spanndienste, die ständig schimpfend und polternd hinter dem Wagen der gewerkschaftlichen Instanzenpolitik herlaufen, die aber nicht den Mut finden, selbst Hand ans Werk zu legen und positive Mitarbeit zu leisten.

Um noch in letzter Stunde die Machenschaften und dunklen Pläne der Reaktion zu durchkreuzen, richten wir ein ernstes Wort in erster Zeit an alle unsere Angestellten, Betriebsräte, Funktionäre und Mitglieder, indem wir ihnen sagen: Erkennt die Zeichen der Zeit und kommt zur Einsicht, daß das Heil der Arbeiterschaft nicht in der gegenseitigen Bekämpfung liegt, sondern in einmütigem geschlossenen Zusammenstehen. Der zu bekämpfende Feind befindet sich nicht in unserer Mitte, der Feind der Arbeiter steht rechts — rechts von den Arbeiterorganisationen.

Darum gilt es, die proletarische Einheitsfront gegen die Reaktion unverzüglich zu bilden. Nicht die papierene Einheitsfront — sondern die Einheitsfront der Tat. Es gilt die Abwehraktion gegen den reaktionären Ansturm auf die verbrieften und versiegelten Rechte der Arbeiterschaft zu organisieren. Es gilt den Kampf aufzunehmen gegen die drohende Entrechtung und Knebelung der Arbeiterklasse. Es gilt zu verhindern, daß das geplante Arbeitsrecht ein Arbeitsberrecht, ein Recht zum Schutze des Unternehmertums wird.

Darum nochmals: Angestellte, Betriebsräte, Funktionäre und Mitglieder, haltet Disziplin! Seid geküßert zum Kampf! Die Zeichen deuten auf Sturm! Rechts steht der Feind!

Die Aktiengesellschaften gegen die Betriebsräte als Aufsichtsräte.

Um die Betriebsräte aus den Aufsichtsräten auszuschließen, gehen die Aktiengesellschaften daran, durch Statutenänderungen dem Betriebsrätegesetz ein Schnippen zu schlagen, indem sie die Verwaltungsrechte des Aufsichtsrates in bestimmter Weise ändern. Sei es, daß der Abschluß von Dienstverträgen dem Vorsitzenden allein übertragen werden kann, sei es, daß der Aufsichtsrat das Recht bekommt, Ausschüsse zu bilden, oder daß bestimmte Befehlsrechte ihnen von der Generalversammlung zu befehlenden Bevollmächtigten übertragen werden sollen. Die letztere Absicht besteht bei der Baumwollspinnerei Vengensfeld i. B. Sonstige Anträge sind gestellt bei der Kallwerte Raufhahns-Friedrichshall A.-G., bei der Bremer Wollkämmerei, bei den Domnighcher Lonwerken und bei der A.-G. Jese- rich. Die Vollziehung der Wahlen der Arbeiterräte als Aufsichtsräte wurde vielfach nicht vorgenommen. Die Aktiengesellschaften, die Arbeiterräte als Aufsichtsratsvertreter ausschließen, haben, wie es scheint, allen Grund dazu, denn es ist ja offenes Geheimnis, daß die Machenschaften, die innerhalb der Industrie getrieben werden, um die Deffektivität irrezuführen, geradezu zum Himmel stinken. Die Arbeiterschaft muß aber mit größerer Energie daran gehen, ihre Rechte die ihr das Betriebsrätegesetz einräumt, voll auszunutzen.

Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Gewerkschaftsfrage

Bei einer jüngst abgehaltenen Sitzung des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei referierte Hedert über die Gewerkschaftsfrage. Er sagte hierzu u. a.:

„Unsere Erfolge könnten jedoch noch viel größere sein, wenn die Genossen in den Bezirken besser arbeiten würden. Gewerkschaftsarbeit ist Kleinarbeit und Mitarbeit in den Gewerkschaften. Ueberall zeigt sich noch, wie mangelhaft unsere Fraktionen funktionieren. Wir haben bei den Metallarbeiterwahlen gute Erfolge erzielt, weil gute Arbeit geleistet wurde. In anderen Verbänden aber, z. B. beim Textilarbeiterverband, geschieht gar nichts, so daß es dann kein Wunder ist, wenn in Bezirken, in denen die Textilindustrie vorherrscht, die Partei schwach ist.“

Hedert gesteht also hier unumwunden ein, daß es den Kommunisten mit ihrer Tätigkeit in den Gewerkschaften lediglich darauf ankommt, ihrer Partei zu nutzen. Ihre sonstigen Argumente, die sie für die Richtigkeit ihrer Politik ins Feld führen konnten, haben keine Zugkraft unter den Arbeitern. Aus diesen Gründen heraus macht man Kadaw in den Gewerkschaften und sucht auf diese Weise die Partei zu stärken. Wir werden uns das Eingeständnis in Zukunft merken.

Die Kommunisten haben in ihren Zentralausschüssen wieder neue Parolen geschmiebelt, und zwar, wie man der Gewerkschafts-

bewegung unter Betonung der Herstellung der Einheitsfront in den Rücken fällt. Der „Vorwärts“ schreibt hierüber folgendes:

Aus der Parolenschiede.

Wir haben bereits den neuesten kommunistischen Schwindel besprochen, der in der Form „parteiloser Arbeiterkomitees“ auftritt. Der in der „Roten Fahne“ veröffentlichte ausführliche Bericht über die Tagung des kommunistischen Zentralausschusses gibt für jeden, der sehen will, zu erkennen, daß die neue Parole „Arbeiterkomitees“ lediglich aus agitatorischen Gründen hinausgeschleudert wird. Man ist sich vollkommen klar darüber, daß diese Arbeiterkomitees nur Sand in die Augen für die Arbeiter sein sollen, ebenso wie die Parole der Einheitsfront.

Eine Reihe von Mitgliedern des Zentralausschusses hat sich denn auch gegen die Arbeiterkomitees ausgesprochen, allerdings nicht, um das Spiel zu vereiteln, sondern weil die Redner darin eine Gefahr für die SPD. selbst erblickten. Stoeder z. B. sieht in der Einheitsfronttaktik die „Gefahr, daß die Arbeiter sich pazifistischen Illusionen hingeben“. Arbeiterkomitees hält er für überflüssig, denn: „Wo wir stark sind, haben wir die Betriebsräte für uns; wo wir schwach sind, werden Komitees gebildet, in denen wir ohne Einfluß sind.“ Böttcher behauptet sogar, daß der „Kampf gegen die SPD. und USP.-Führer durch die Einheitsfront taktisch gelitten“ habe. Schönlanke erklärt, daß die Arbeiterkomitees „den vielen anderen Bestrebungen verwandt sind, die so glänzend ins Wasser fielen. Wo wir schwach sind, sind diese Dinge Spielerei; wo wir stark sind, sind sie überflüssig. Parteilose Komitees würden nur die politischen Tendenzen (1) der deutschen Arbeiterschaft stärken“.

Ein anderer Redner hält es für verfehlt, jetzt Arbeiterkomitees zu schaffen, denn „die Gefahr besteht, daß sie die Form von Arbeitsgemeinschaften annehmen. Es muß vom Zentralausschuß die Frage gelöst werden, wie wir während der Periode der Einheitsfront die SPD. und USP. bekämpfen. Wir müssen es offen und klar aussprechen, daß wir von der Einheitsfront Revolutionierung der Arbeitermassen erwarten. Der Trennungspunkt bei der Einheitsfront liegt da, wo SPD. und USP. nicht mit uns zum revolutionären Kampf zu bringen sind“.

Aber Ernst Meyer gibt als Referent der Sache erst die richtige Deutung. Er glaubt, daß die Arbeiterkomitees den Kommunisten gute Dienste leisten würden. Allerdings müßten sie das Hauptgewicht auf die Gewerkschaften und auf die Betriebe legen. Wo diese Anhaltspunkte vorhanden seien, wären die Arbeiterkomitees überflüssig! Er spricht also ganz klar aus, daß diese neueste Erfindung lediglich dort Platz greifen soll, wo die Kommunisten sonst einflußlos sind. Um so aufmerksamer werden unsere Genossen dieser Parole gegenüberzutreten und kommunistische Wünsche nach Schaffung solcher Arbeiterkomitees als das kennzeichnen müssen, was sie sind, nämlich als neuesten Versuch zum Bauernfang.

Hervorgehoben werden muß noch, daß der Metallarbeiter Walcher die von anderen Kommunisten aufgestellte Behauptung bestritt, daß eine Massenflucht aus den Gewerkschaften stattfinde. Walcher sagte auch über die Gefahr, die aus der zerstörenden Arbeit der Union drohe. „Die Union hat Zellen in der kommunistischen Partei, aber die Partei hat keine Zellen in der Union. Wir Kommunisten sind verpflichtet, überall, auch in der Union, kommunistische Fraktionen zu bilden.“

Das heißt also: Wir reden von der Einheitsfront, meinen aber die Zellenbildung! Und die sozialdemokratischen Arbeiter sollen das glauben.“

Wir können uns diesen Ausführungen des „Vorwärts“ nur vollinhaltlich anschließen. Ferner hat der Zentralausschuß der SPD. noch eine langatmige Resolution zur Gewerkschaftsfrage angenommen. In dieser Resolution wird zunächst mit Befriedigung „festgestellt“, daß sich als Folge der von den Kommunisten geleiteten Arbeit in der ganzen Welt und besonders auch in Deutschland die Revolutionierung der in den Gewerkschaften organisierten Massen vollzieht. Es wird dann von unerhörten Gewaltakten, die von reformistischen Gewerkschaftsbureauftraten gegen oppositionelle und kommunistische Gewerkschaftsmitglieder verübt worden seien, gesprochen, aber dies sei ein letzter Versuch der „bankrotten Gewerkschaftsbureaufträte“. Wir haben verflucht wenig davon gemerkt, daß die kommunistische Agitation in den Gewerkschaften weiter Fuß gefaßt hätte. Im Gegenteil können wir konstatieren, daß der gesunde Sinn der Arbeiterschaft mehr und mehr Platz greift und den kommunistischen Parolen nicht mehr Folge leistet. „Der Zentralausschuß verpflichtet alle Genossen, solchen Stimmungen energisch entgegenzutreten, die darauf hinauslaufen, den Austritt aus den Gewerkschaften zu propagieren, da dies mit der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei unvereinbar sei. Letzten Endes werden die Parteimitglieder besonders aufgefordert, noch energischer als bisher für den Auf- und Ausbau der kommunistischen Fraktionen im Sinne der Richtlinien des Jenaer Parteitag zu wirken.“

Also die Einheitsfront soll durch die Zellenbildung gefördert werden. Hat man mit der Zellenbildung den Erfolg, dann wird sich das Weitere finden. Die Arbeiterschaft wird diesen Schädlingen der Arbeiterschaft notwendige Aufmerksamkeit zuwenden.

Hintertreppenpolitiker.

Die Reichsvereinigung „Kriegertrou“ verendet nachstehenden Bettebrief an Banken und industrielle Unternehmungen, um Geld zur Bekämpfung der angeblich radikalen Organisationen, freien Gewerkschaften und sozialen Parteien zu erhalten. Das Schreiben lautet folgendermaßen:

Reichsvereinigung Kriegertrou E. B.
Geschäftsführender Vorstand.

Firma

Berlin SW. 47, den 18. März 1922.

Nach Verständigung und auf Empfehlung Ihres Fachverbandes gestatten wir uns, Ihnen folgendes vorzutragen:

Unsere innere Lage ist bisher politisch dadurch in der Schwebelage gehalten worden, daß die Arbeiterschaft noch in verschiedene Lager getrennt worden war, und daß es gelungen ist, einen gewissen Teil von den radikalen Strömungen fernzuhalten. Zweifelloso befinden sich in Deutschland unter den Kriegsbeschädigten und Kriegerrückbliebenen viel radikale Elemente. Dieses erklärt sich teils durch ihre trostlose Lage, teils durch das heiße Werben sozialistischer Agitatoren, die die Kriegeropfer als dankbares Agitationsobjekt erkannt haben. Infolgedessen bilden sich vielerorts die Kristallisationskerne wirtschaftlicher und politischer Unruhen und damit für die innere Festigkeit des Reiches eine ständige Gefahr, die bei der Zahl der organisierten Kriegeropfer von etwa 1 1/2 Millionen nicht gering zu schätzen ist. Es gilt daher, die Radikalisierung, zu der offensichtlich große Neigung besteht, hier ganz besonders durch Stärkung der nichtsozialistischen Organisationen mit allen Mitteln aufzuhalten und zu dämpfen.

Diesem Zwecke dient die am 16. Dezember 1920 von Reichstagsabgeordneten aller bürgerlichen Parteien und von hervorragenden Persönlichkeiten des politischen, des wirtschaftlichen und des Geisteslebens gegründete „Reichsvereinigung Kriegertrou“, früher Reichsvereinigung „Heimadant“. Ihr Vorstand und ihr Beirat sind aus Anlage I zu sehen. Ueber ihr Wesen und ihre Ziele gibt Anlage II Aufschluß, die inhaltlich in den Mitteilungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, des Zentralverbandes des deutschen Großhandels und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände als empfehlende Notiz erschienen.

Es handelt sich kurz zusammengefaßt um Beseitigung der organisatorischen Verzettlung und Zerplitterung der nichtsozialistischen Verbände, um Stärkung und Förderung der Hauptanziehungsmomente einer Organisation, der Masse und der Qualitätsarbeit bei dem größten der nichtsozialistischen, auch in Arbeiterkreisen weitverbreiteten Kriegeropferverbände, dem „Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterblie-

bener, um die Fernhaltung radikaler Einflüsse durch besonders sorgfame Interessenvertretung, Gesinnungspflegung und wirtschaftliche Aufklärung in Wort und Schrift und Bild und endlich um Erziehung und Heranziehung der Kriegeropfer zur Arbeit.

Die Reichsvereinigung „Kriegertrou“ ist keine Organisation, sondern eine Arbeits- und Vermittlungsstelle, die außerhalb der Organisationen steht und über eigene Mittel verfügen muß, um sich frei von allen herrschenden Strömungen zur Geltung bringen zu können. Große Organisationen, wie z. B.: der Reichsbürgererrat, der Reichslandbund, die nichtsozialistischen Arbeitnehmerorganisationen, eine Anzahl von Frauenvorbänden und Vereinen und die nichtsozialistischen Parteien haben ihren organisatorischen Apparat und ihre Organe für breiteste Volksschichten zur Verfügung gestellt, so daß es möglich ist, auf breiteste Volksschichten zu wirken und gleichzeitig das Geld für eine eigene Organisation zu sparen.

Unsere Bestrebungen und unsere Arbeiten haben in weitesten Kreisen großes Interesse gefunden; so haben z. B. Banken und Industriegruppen, Institute, Verbände jeder Art, Einzelunternehmen und Personen schon namhafte Beträge zur Verfügung gestellt. Großbanken und Industriegruppen 15 000 bis 25 000 Mk., Institute 3000 bis 10 000 Mk., Einzelunternehmungen und Private 1000 bis 5000 Mk.

Unter anderen können Auskünfte über unsere Bewegung erteilt werden: Die Auslands-G. m. b. H., Berlin W., Viktoriastr. 30 (Herr Fregatentapitän a. D. Mann), die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Bobbelski-Allee 19, Herr Direktor Michalowsky von der Deutschen Bank, Herr Dr. von Bieler von der Diskontogesellschaft Berlin, Herr Geh. Regierungsrat von Ritting, Direktor der Zentralbodenkredit A.-G., der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Herr Dr. Reichert oder Herr Steinbrin), Herr Dr. Döring und Herr Dr. Sorge vom Reichsverband der deutschen Industrie, Herr Geh. Rat Prof. Dr. Rießer oder Herr Dr. Bernstein vom Zentralverband des Bank- und Bankergewerbes, Herr Geh. Komm.-Rat Dr. Ravené (Zentralverband des deutschen Großhandels), Herr Heinrich Grünfeld (Hauptvereinigung des deutschen Einzelhandels).

Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr, zu besonderem Dank verpflichtet, wenn Sie über Ihr Werk bzw. Institut für unsere Interessen eintreten und eine ideale und materielle Unterstützung unserer Bestrebungen uns angeeignen lassen wollten. Zur weiteren Aufklärung stehen wir gerne zur Verfügung.

In der Hoffnung, auf Ihre freundliche Unterstützung unserer guten Sache rechnen zu dürfen, zeichnen wir

mi vorzüglicher Hochachtung
gez. Scheibe, Grißer,
Fregatentapitän a. D. Generalsekretär.

Vorstand der Reichsvereinigung Kriegertrou:

- Vorsitzender: Herr Otto Thiel, M. d. R.
- Stellvertreter: Herr Paul Ziegler, M. d. R.
- Beisitzer: Frau Heßberger, M. d. R.
- Beisitzer: Herr Major a. D. Henning, M. d. R.
- Beisitzer: Herr Karl Butterbrodt.
- Generalsekretär: Herr Fregatentapitän a. D. Scheibe.

Der Reichstagsabgeordnete Thiel ist Vorsitzender dieses Verbandes. Dieses Bettebriefchen gewährt einen interessanten Einblick in das Treiben dieser Kreise. Es findet sich hier eine ganz honette Gesehenschaft zusammen, die also versucht, mit allen möglichen Mitteln, und zwar nur unter Ausbeutung der Not der Kriegsbeschädigten ihre reaktionären Bestrebungen zu fördern und die Arbeiterschaft zu bekämpfen. Jedenfalls wird die Arbeiterschaft dieser Gesehenschaft, die auf Hintertreppen Politik treiben will, die notwendige Aufmerksamkeit zuwenden.

Existenzminimum und Einkommen.

Von Dr. R. Kuczynski.

Nach meinen Berechnungen betragen die wöchentlichen Kosten des Existenzminimums für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren im April 1922 in Groß-Berlin 915 Mk. gegenüber 28,80 Mk. im letzten Vorkriegsjahr, d. h. 32mal soviel. Die Steigerung war natürlich nicht für alle Bedarfsgruppen die gleiche. Es stiegen die Mindestausgaben für

Ernährung	von 9,80 Mk. auf 417 Mk., d. h. auf das 43fache,
Wohnung	5,50 " " 14 " " " 2 1/2 "
Heizung	1,15 " " 51 " " " 44 "
Beleuchtung	0,75 " " 23 " " " 30 "
Bekleidung	5,85 " " 210 " " " 36 "
Sonstiges	5,75 " " 200 " " " 35 "

Auch innerhalb der einzelnen Bedarfsgruppen war die Steigerung eine sehr verschiedene. Es stiegen z. B.

- 1 Pfund Haferflocken von 25 Pf. auf 8,90 Mk., d. h. auf das 36fache,
- 1 Pfund Margarine von 80 Pf. auf 34 Mk., d. h. auf das 42fache,
- 1 Pfund Reis von 22 Pf. auf 11,60 Mk., d. h. auf das 53fache,
- 1 Pfund Kartoffeln von 2 1/2 Pf. auf 3,10 Mk., d. h. auf das 124fache.

Infolgedessen sind manche Waren, die, an ihrem Nährwert gemessen, vor dem Kriege verhältnismäßig teuer waren, heute verhältnismäßig billig und umgekehrt. So kosteten vor dem Kriege 1000 Kalorien in Kartoffeln 7 Pf., in Haferflocken 16 Pf., hingegen heute 1000 Kalorien in Kartoffeln 8,30 Mk., in Haferflocken 5,60 Mk. Vor dem Kriege waren also, am Nährwert gemessen, Kartoffeln noch nicht halb so teuer wie Haferflocken, heute sind sie anderthalbmal so teuer.

Selbstverständlich ist das Einkommen der großen Masse der Berliner Bevölkerung seit der Vorkriegszeit weniger gestiegen als die Kosten des Existenzminimums.

Der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer z. B. stieg von 44,28 Mk. im Juli 1914 auf 987 Mk. im April 1922, d. h. auf das 22fache, der tarifliche Wochenlohn der verheirateten Buchdrucker von 34,38 Mk. im Juli 1914 auf 773 Mk. im April dieses Jahres, d. h. auf das 22fache, gegenüber einer Steigerung der Kosten des Existenzminimums auf das 32fache. Während im Juli 1914 der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer um 54 Proz., der der Buchdrucker um 19 Proz. höher war als die Kosten des Existenzminimums für eine vierköpfige Familie, war im April 1922 der tarifliche Wochenlohn der Maurer und Zimmerer um 8 Proz. größer, der der Buchdrucker um 16 Proz. geringer als dieses Existenzminimum.

Bei den verheirateten Bankangestellten im 10. Berufsjahr mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren ist das Jahreseinkommen von 1913 bis zum April 1922 folgendermaßen gestiegen: Bankgehilfen ohne banktechnische Vorbildung von 2165 auf 54 803 Mk., d. h. auf das 25fache; Bankangestellte mit banktechnischer Vorbildung für einfachere Arbeiten von 3210 auf 57 756 Mk., d. h. auf das 18fache; Bankangestellte mit banktechnischer Vorbildung für höhere Arbeiten von 3525 auf 58 522 Mk., d. h. auf das 17fache. Gleichzeitig stiegen die jährlichen Kosten des Existenzminimums für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren von 1500 Mk. auf 47 700 Mk., d. h. auf das 32fache. Vor dem Kriege war das Einkommen der Bankgehilfen um 44 Proz., das der Bankangestellten für einfachere Arbeiten um 114 Proz., das der Bankangestellten für höhere Arbeiten um 135 Proz. höher als die Kosten des Existenzminimums. Heute übersteigt das Einkommen der drei Gruppen die Kosten des Existenzminimums nur um 15, 21 bzw. 23 Proz.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

Long Sender, Frankfurt a. M.

III.

Die angenommenen Resolutionen seien noch im Wortlaut nachgetragen.

Resolution über die Wirtschaftslage Europas.

Im Augenblick, wo die in Genua versammelten Vertreter der Regierungen die Mittel ausfindig zu machen suchen, um die wirtschaftliche Reorganisation Europas zu sichern, und wo sie unter dem Druck der Tatsache die Notwendigkeit einer neuen internationalen Politik und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Völkern anerkennen, hat der Internationale Gewerkschaftsbund eine Konferenz zusammenberufen, um auch die Stimme der Arbeiterschaft hören zu lassen, ohne deren Mitarbeit das von allen Ländern geforderte Werk des Wiederaufbaus nicht in Angriff genommen und durchgeführt werden kann.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise deckt die nach dem Kriege begangenen Fehler auf. Sie ist das Resultat des wirtschaftlichen Nationalismus und Imperialismus und der dauernden Verfestigung der Tatsache der gegenseitigen materiellen und moralischen Abhängigkeit der Völker. Diese Fehler werden verschärft durch die Wirkungen der Spekulation, durch den Umstand, daß sich die Produktion nicht nach den Bedürfnissen richtet, und durch die Entwicklung eines Finanzkapitalismus, der — ohne direkt an der Produktion beteiligt zu sein — immer größere Macht über die gesamte Wirtschaft ausübt. Weil durch die Umstände begünstigte Nationen die Solidarität vergaßen, die ihr Schicksal tatsächlich an dasjenige der durch den Krieg verarmten Völker bindet, ist die gewaltige Gleichgewichtsstörung entstanden, die in den reichen Ländern durch die Störung der Produktion zum Ausdruck kommt, während die erschöpften Nationen nicht einmal in der Lage sind, für die primitiven Bedürfnisse ihrer Bevölkerung aufzukommen.

Eine derartige Politik und ein solches System verurteilen sich selbst durch ihre Folgen.

Die Arbeitskonferenz weist nachdrücklich auf die verhängnisvollen Folgen, die diese Lage für die Arbeiterklasse nach sich zieht.

Zu einer Zeit, zu der die volle Ausnutzung jeder Arbeitskraft geboten ist, befinden sich ungefähr 10 Millionen Lohnarbeiter arbeitslos und brotlos. Die Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in allen Ländern verschlimmert dort noch die unerträgliche Notlage, in welcher sich die Familien der Erwerbslosen befinden, zieht aber auch schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft der anderen Länder nach sich. Die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts hat einen derartigen Umfang angenommen, daß die Verarmung einer Nation unmittelbar den Ruin der anderen nach sich zieht.

Die europäische Wirtschaftskrise kann nur durch internationale Zusammenarbeit aller Völker gelöst werden. Die zunehmende Steigerung der Produktion und des Handelsverkehrs können nur behoben werden, wenn alle Länder in den Besitz der für die Produktion unerlässlichen Mittel gelangen und damit in die Lage versetzt werden, sich das für den Lebensunterhalt Notwendige zu verschaffen. Das wirtschaftliche Gleichgewicht kann nur wiederhergestellt werden, wenn alle Nationen aufgefordert werden, mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten an dieser gemeinsamen Wiederaufbauarbeit teilzunehmen und zur Wiederherstellung des ganzen durch den Krieg und die bis jetzt vorherrschende Politik zerstörten Wirtschaftslbens beizutragen. Die Arbeiterkonferenz ist deshalb dafür, daß Rußland ohne Vorbehalt seinen Platz unter den europäischen Nationen wieder einzunehmen hat.

Bezüglich der Mittel zur Einleitung der wirtschaftlichen Reorganisation Europas erinnert die Konferenz an die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in London (November 1920) gefassten Beschlüsse, und weist in erster Linie auf die Walfutfrage und die Frage der Verteilung der Rohstoffe hin.

Die gegenwärtige Gleichgewichtsstörung auf dem Gebiete der Währungen, die nie dagewesene Formen angenommen hat und es den Ländern mit schlechter Walfuta unmöglich macht, sich aus eigenen Kräften zu erholen, kann nur durch eine solidarische Aktion aller Nationen behoben werden.

Die gewaltige Schuldenlast der europäischen Staaten verhindert die Wiedergewinnung der Weltwirtschaft. Vorbedingung für diese Gesundung ist die gegenseitige Annulierung der seitens der europäischen Staaten während des Krieges eingegangenen Schulden. Es ist unbedingt notwendig, die Gewährleistung von Krediten ins Auge zu fassen auf Grund einer internationalen, durch die Hilfsquellen aller europäischen Nationen garantierten Anleihe, die vom Völkerbund organisiert und deren Ertrag unter seiner Kontrolle dazu verwendet werden soll, den verarmten Staaten die Mittel zur Wiederaufnahme ihrer normalen industriellen und kommerziellen Tätigkeit zu verschaffen.

Daneben hält die Konferenz eine Prüfung und sofortige Lösung der Probleme für unerlässlich, die auf dem europäischen Wirtschaftslieben lasten. Die finanzielle Verwirrung kann nicht ohne Wende- rung der in der Reparationsfrage verfolgten Politik in Erwägung gezogen werden. Sie verlangt auf Grund des vom Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam im März 1921 aufgestellten Programms die Revision der Reparationsbestimmungen.

Dieses Programm verurteilt die Regelung der Reparationsfrage durch Geldzahlungen und zerstört die Illusionen derjenigen, welche in einer Anbahnung von Milliardenforderungen das Mittel gefunden zu haben glauben, um Deutschlands Verpflichtungen festzustellen. Sie erklärt, daß die einzige Lösung, die zu einem schnellen Wiederaufbau führen kann, diejenige ist, welche sich auf die Zusammenarbeit aller Völker gründet und welche die Last der Reparationen auf die Schultern der Besitzenden, nicht auf die der Arbeiterklasse legt. Soll der Wiederaufbau erfolgreich in Angriff genommen werden, so darf man sich nicht auf die Hilfsquellen eines Landes beschränken. Die Regelung der Reparationen muß international sein. Sie soll nicht nur die Hilfsquellen Deutschlands in Rechnung stellen, sondern auch alle anderen Völker zur Mitarbeit heranziehen.

Um die Deutschland auferlegten Lasten auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen, ist es ferner erforderlich, daß die Ententemächte auf die Erstattung der Summen für die Kriegsschulden, sowie auf die militärische Besetzung und die Sanktionen verzichten.

Aber die Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hängt nicht allein von einer Finanzoperation ab, auch wenn sie noch so großen Stils ist. Es ist unbedingt notwendig, neben der Schaffung internationaler Kredite eine internationale Kontrolle der Verteilung der für Industrie und Landwirtschaft wichtigsten Rohstoffe einzuführen, und zwar zu dem Zwecke, den Kauf und Verbrauch der Rohstoffe dem Bereich der privaten Spekulation zu entziehen sowie die Frachtpreise international zu regeln zu dem Zwecke, die Interessen von Export und Import in Einklang zu bringen.

Die Lösung des Rohstoffproblems ist untrennbar von den finanziellen Maßnahmen, die zur Behebung der Walfutkrise zu ergreifen sind.

Das Gleichgewicht zwischen den bestehenden Geldwerten kann nicht wiederhergestellt werden, wenn sich nicht alle Nationen zu einer Regelung der Produktion entschließen, die gewährleistet, daß die Rohstoffbesitzenden Nationen die industrielle Lage der armen Nationen nicht immer schwieriger gestalten und es diesen unmöglich machen, zu konkurrieren. Eine derartige Lösung kann nur verwirklicht werden, wenn alle Länder in die Lage versetzt werden, intensiv zu arbeiten, um auf diese Weise für die gelieferten Rohstoffe und Fabrikate mittels ihrer Arbeit einen Gegenwert bieten zu können.

Diese allgemeinen Maßnahmen, die zu vervollständigen wären, indem der Ausbeutung noch nicht zugeführte oder unvollkommen

betriebene Vändereien und Bergwerke von einem internationalen Konzern ausgebeutet werden, würden Europa die Möglichkeit bieten, den Prozeß von Produktion und Austausch zu regeln und durch eine rationelle Verwendung der Arbeitskräfte der verschiedenen Länder die Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu vermeiden.

Nur die oben erwähnten Mittel lassen hoffen, daß die übertriebene Schutzollpolitik endgültig verschwindet.

Diese Schutzollpolitik ist eine der wichtigsten Ursachen, die die Verteuerung der Lebenshaltung, die Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeiter, die Verminderung ihrer Produktivkraft und die Demoralisierung des Proletariats durch die Wirkungen der immer mehr anwachsenden Arbeitslosigkeit verschulden.

Das zu erstrebende Ziel ist demnach:

1. die Schwierigkeiten zu beseitigen, mit welchen die Länder mit schlechtem Weltmarkt in der Beschaffung der für ihre Industrie unbedingt notwendigen Rohstoffe zu kämpfen haben, um den inneren Konsum decken zu können und in der Lage zu sein, mit anderen Ländern in Handelsverkehr zu treten und so ihre Finanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen;

2. dem wirtschaftlichen Imperialismus, dessen Konsequenzen sich in der gegenwärtigen Krise zeigen, sowie den Gefahren, die er für den Frieden in sich schließt, ein Ende zu setzen;

3. Die Wirtschaft zwischen den einzelnen Ländern und in jedem einzelnen Lande die Produktion so zu organisieren, daß es möglich sein wird, sie mit den bestehenden Bedürfnissen in Einklang zu bringen und die mögliche Entwicklung und Ausnutzung der natürlichen Hilfsquellen zu erzielen, was nur erreicht werden kann, wenn alle Völker in die Lage versetzt werden, ihre Arbeitskräfte voll einzusetzen. (Der Anfang war nicht leiserlich und mußte von uns nach freiem Ermessen erfaßt werden, kann also möglicherweise nicht ganz richtig sein. Red.)

Die internationale Arbeiterbewegung gibt der Ansicht Ausdruck, daß diese Maßnahmen wichtig sind, um die gegenwärtige Krise zu bekämpfen, und daß ihre Verwirklichung nicht mehr aufgeschoben werden kann.

Die Konferenz spricht die einmütige Ueberzeugung der Arbeiterorganisationen aus, daß die Abrüstung unumgängliche Vorbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ist.

Es ist im höchsten Maße beklagenswert, daß nach dem furchtbaren Blutbad des Krieges und trotz der Entwaffnung Deutschlands der Gesamtbestand der stehenden Heere in Europa sich heute auf 4 700 000 Mann gegenüber 3 700 000 vor dem Weltkrieg beläuft.

Das bedeutet eine schwere und unproduktive Belastung der Völker und beeinträchtigt den Wiederaufbau der Ruinen, die der Krieg hinterlassen hat. Die Verminderung der Rüstungen ist eine der leidenschaftlichsten Forderungen der Völker, nicht allein wegen der Vernichtung von Kräften und Werten, die sie mit sich bringt, sondern auch wegen der schweren Gefährdung des Friedens, die sie bedeutet.

Die Konferenz bedauert, daß die Frage der Abrüstung nicht auf der Tagesordnung der Konferenz der Regierungen steht.

Sie nimmt Kenntnis davon, daß diese Frage der vom Völkerbund eingesetzten besonderen Kommission unterbreitet wurde und von dieser bereits bearbeitet wird. Sie fordert, daß die Regierungen sich verpflichten, die Arbeiten dieser Kommission zu unterstützen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ihren Erfolg zu sichern und auch hierdurch den wirtschaftlichen Wiederaufbau des erschöpften Europas zu fördern.

Dieser Wiederaufbau kann nur durch den Frieden gesichert werden und wird nur dann von Wert sein, wenn dadurch endlich Beziehungen zwischen den Völkern hergestellt werden, welche diese in einem gemeinsamen Werke vereinigen, das den durch den Krieg und die neuen Konfliktsursachen geschaffenen Haß zum Schwinden bringt. Aus demselben Grunde wendet die Arbeiterkonferenz sich gegen die vom Kapitalismus gemachten Versuche, das zu unternehmende internationale Werk in seinem eigenen Interesse mit Beschlag zu belegen. Die Tatsache, daß in den reichen Ländern gebildete Syndikate, Trusts und Konfortien sich der Unternehmungen der verarmten Teile Europas bemächtigen, würde zwischen diesen Nationen neuen wirtschaftlichen Wettbewerb zur Folge haben.

Die Arbeiterbewegung kann eine solche Lösung zugunsten des Kapitalismus, dessen Verantwortlichkeiten in der gegenwärtigen Krise offensichtlich sind, nicht annehmen.

Sie kann auch nicht zulassen, daß die geplante wirtschaftliche Reorganisation als Vorwand benutzt wird, um die von der Arbeiterklasse errungenen Vorteile zu schmälern und insbesondere die Konvention über den Achtstundentag oder die Achtundvierzigstundentage abzuändern.

Die Arbeiter sind bereit zur Mitarbeit an dem in Genua begonnenen Werk. Sie wünschen mit aller Kraft den Frieden zu sichern, das Elend, unter dem die Völker leiden, zu beenden und den höchsten Interessen der Menschheit zu dienen. Sie werden aber unter keinen Umständen zugeben, daß dieser Wiederaufbau ihre Interessen beeinträchtigt und die schon bestehende Notlage noch verschlimmert.

Die deutsche Textilindustrie vor und nach dem Kriege.

Die Juteindustrie.

Die deutsche Juteindustrie, deren Produktionswert für 1913 auf 142,1 Mill. Mk., d. i. 10,2 Proz. der Weltproduktion (1391,9 Mill. Mk.) und 21,4 Proz. der europäischen Produktion ausmachte, mußte infolge ihrer völligen Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen während des Krieges — soweit sie sich nicht auf Ersatzstoffe umstellen konnte — nahezu völlig zum Erliegen kommen. Während 1913 auf den deutschen Eisenbahnen und Wasserstraßen (in Empfang und Versand) 216 000 Tonnen Jute befördert wurden, sank diese Menge 1914 auf 152 000 Tonnen und ging dann in den folgenden Jahren 1915 bis 1918 sturzartig auf 21 000, 4800, 4700, 8800 Tonnen zurück, um im Jahre 1919 wieder mit 17 000 Tonnen etwa den zwölften Teil des Vorkriegsstandes zu erreichen.

Während des Krieges war die Juteindustrie, soweit sie ihren Betrieb überhaupt noch aufrechterhalten konnte, auf die Verarbeitung von Ersatzstoffen, besonders von Holzseilstoff angewiesen. Als nach Kriegsende wieder die Einfuhr von ausländischen Rohstoffen möglich wurde, ging die Papiergarnindustrie — vor allem infolge der hohen Preise für inländisches Spinnpapier — wieder rasch zurück, und zwar auf denjenigen Gebieten, auf denen die Ersatzstoffindustrie Erfolge erzielt hatte (Herstellung von Papierbindfäden, Papierfäden, Papiergarngeweben zu Säcken usw.), die ihr eine bleibende Bedeutung zu sichern versprochen.

Im Jahre 1920 betrug die Nettoeinfuhr von Jute und Jutewerg bereits wieder 500 000 Doppelzentner gegen 1,54 Mill. Doppelzentner im Jahre 1913, die Nettoeinfuhr von Manihafan, Ramie usw. 109 000 Doppelzentner gegen 281 000 Doppelzentner. Die ausländische Rohstoffeinfuhr erreichte 1920 also rund ein Drittel des Vorkriegsstandes. In den neun Monaten Mai 1921 bis Januar 1922 bezifferte sich die Nettoeinfuhr von Jute und Jutewerg auf 788 000 Doppelzentner, d. i. rund vier Fünftel der im entsprechenden Zeitraum 1913/14 eingeführten Mengen. Es betrug die Einfuhr:

Monat	Mengen in Doppelzentner	Wert in 1000 Mark
Januar	801 779	13 759
1921/22	13 759	788 020
1913/14	1 057 676	70 984
		986 692
		799 971
		16 051
		738 920
		3 803
		45 908

Ueber die Mengen der seit August 1921 verarbeiteten Rohjute und der daraus hergestellten Jutegarne und -gewebe gibt folgende Zusammenstellung des Verbandes Deutscher Juteindustrieller Aufschluß:

Monat	Verarbeitete Rohjute Doppelz.	Es wurden hergestellt an Garnen Doppelz.	an Geweben Doppelz.
August 1921	70 216	76 910	56 555
September 1921	67 319	86 807	48 934
Oktober 1921	62 446	62 146	49 468
November 1921	69 729	75 146	51 881
Dezember 1921	50 016	55 282	38 067
Januar 1922	70 679	74 966	52 069
Februar 1922	67 775	72 231	50 716
Zus. August-Februar	458 180	503 488	347 690

Die gesamte Ein- und Ausfuhrbilanz der deutschen Textilindustrie.

Die gesamte Textilaußenhandelsbilanz Deutschlands ist stark passiv. Sie war es schon vor dem Kriege und ist es heute noch in bedeutend höherem Maße. Das ergibt sich deutlich aus folgender Gegenüberstellung:

Monat	Mai 1921—Januar 1922		Mai 1913—Januar 1914	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Pflanzliche Spinnstoffe	3 895,5	218,5	— 8 677,0	6 272,7
Tierische Spinnstoffe	1 136,5	46,5	— 1 090,0	1 897,8
Halb- u. Fertigfabrikate	1 090,9	1 118,5	+ 22,6	2 188,0
Summe	6 122,9	1 383,5	— 9 684,0	10 358,5

Der Ausfuhrüberschuß bei den Textil-Halb- und -Fertigfabrikaten reicht bei weitem nicht aus, um den starken Einfuhrüberschuß der Textilrohstoffe auch nur einigermaßen auszugleichen. Vor dem Kriege war die deutsche Textilindustrie nicht allzu weit von diesem Ziel entfernt. Auf eine Rohstoffeinfuhr im Werte von 773 Mill. Mark (netto) traf 1913/14 ein Ausfuhrüberschuß an Textil-Halb- und -Fertigfabrikaten in Höhe von 605 Mill. Mk. Der Ausfuhrüberschuß der Halb- und Fertigfabrikate erreichte demnach 78,3 Proz. der Rohstoffeinfuhr. Rund vier Fünftel der Kosten des benötigten ausländischen Rohstoffbedarfs konnten sonach durch den Ertrag der Textilwarenausfuhr gedeckt werden und nur 21,7 Proz. blieben ungedeckt. In den neun Vergleichsmonaten 1921/22 gestaltete sich dagegen — abgesehen von der durch die Geldentwertung verursachten starken Aufblähung der Wertzahlen — das Bild erheblich ungünstiger. Einer Nettoeinfuhr von 11 478 Mill. Mk. an Rohstoffen steht eine Nettoausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten im Betrage von 2970 Mill. Mk. gegenüber. Der Ausfuhrüberschuß bei den Halb- und Fertigfabrikaten reicht sonach nur zu 25,9 Proz. oder einem Viertel zur Deckung der Kosten des vom Ausland bezogenen Rohstoffbedarfs aus; 74,1 Proz. sind ungedeckt. Während 1914 je eine Mill. Mark Textilwarenausfuhr 1 1/4 Mill. Mk. Textilrohstoffeinfuhr gegenüberstanden, kamen 1921/22 auf 1 Mill. Mk. Ausfuhrwaren 4 Mill. Mk. eingeführte Rohstoffe.

Im ganzen schließt die Textil-Außenhandelsbilanz der 9 Monate Mai 1921 bis Januar 1922 mit einem Passivsaldo von 8 1/2 Milliarden Mark ab. Die Passivität der gesamten deutschen Außenhandelsbilanz betrug im gleichen Zeitraum 10,3 Milliarden Mark. Es entfallen sonach von dem deutschen Außenhandelsdefizit über vier Fünftel auf die Textilindustrie, d. i. gerade derjenige Industriezweig, der in der Berichtszeit verhältnismäßig gut beschäftigt war und der im besonderen auch eine ausgedehnte Exportfähigkeit entfaltete, der aber hinsichtlich seiner Rohstoffversorgung fast ausschließlich auf Einfuhr vom Ausland angewiesen ist.

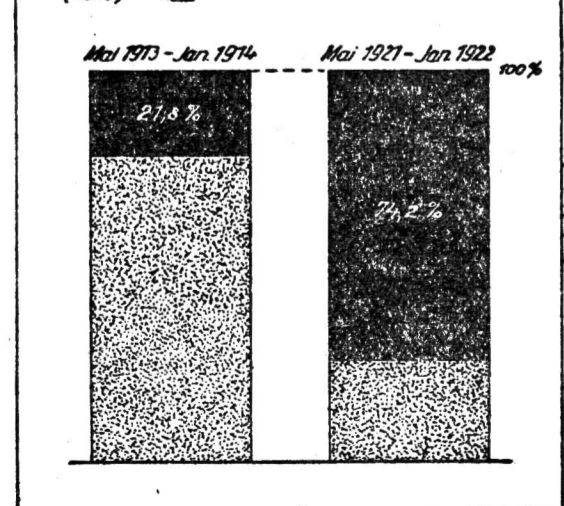
Textilaußenhandel 1921/22.

Monat	Pflanzliche Spinnstoffe		Tierische Spinnstoffe	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Mai—Januar 1921/22	3 895 537	218 527	1 136 528	46 497
Mai—Januar 1913/14	8 682 528	844 098	3 895 809	345 473

Zweifelloos hat der Anteil der für die Ausfuhr bestimmten Textilherzeugnisse an der Gesamtheit der durch die deutsche Textilindustrie hergestellten Waren nicht ab-, sondern eher zugenommen. Eine Erhöhung der auf den Inlandsverbrauch entfallenden Quote kann schon im Hinblick auf die verringerte Kaufkraft der deutschen Bevölkerung als ausgeschlossen gelten. Wie hoch die im Inland getätigten Einzeltäufe von ausländischen Verbrauchern sind, welche die Waren im Grenzverkehr unter Umgehung der Zollkontrolle ins Ausland brachten, entzieht sich jeglicher Schätzung. Doch dürfte sich dadurch kaum etwas an dem starken Mißverhältnis zwischen dem Wert der Textil-Rohstoffeinfuhr und der Warenausfuhr ändern, wie es besonders deutlich aus dem untenstehenden Schaubild zu ersehen ist. In Wirklichkeit ist das Mißverhältnis eher noch größer. Die

Die deutsche Textil-Handelsbilanz

Gesamte Textil-Rohstoffeinfuhr (netto) Durch Textilwaren-Ausfuhr (netto) nicht gedeckter Teil der Rohstoffeinfuhr.



vorstehende Bilanz ist aufgebaut auf einer Abgleichung von Markzahlen, nicht von einheitlichen Markwerten. Aus der Tatsache, daß in dem mehrmonatigen Zeitraum, der regelmäßig zwischen der Rohstoffeinfuhr und der Ausfuhr der daraus hergestellten Waren liegt, während der Berichtszeit — im ganzen genommen — eine fast ununterbrochene Marktentwertung stattfand, folgt, daß die in der Textilausfuhr der Monate Mai 1921 bis Januar 1922 ent-

haltenen ausländischen Rohstoffe auf der Einfuhrseite zwar mit einer kleineren Marktzahl, aber höherwertigen Papiermark zu Buch stehen, als auf der Ausfuhrseite. Dies führt auf der Einfuhrseite zu Wertangaben, die für den Vergleich mit den stärker ausgeblähten Wertangaben der Ausfuhrseite des gleichen Zeitraums zu niedrig sind. Würden die Wertangaben der Ein- und Ausfuhr entsprechend ihrem Wertgehalt auf einheitliche Marktwerte zurückgeführt, so würde die Passivität des deutschen Textilaußenhandels noch ungünstiger abschließen.

Zum Kampf um die 46-Stunden-Woche.

Der Dortmunder Schiedspruch in der Arbeitszeitfrage im münsterländischen Bezirk enthielt den Passus, daß das Reichsarbeitsministerium in der Frage der Arbeitszeit eine Entscheidung treffen sollte. Am 18. Mai hatte das Reichsarbeitsministerium zu einer Sitzung in dieser Frage eingeladen. Man kam zu einer Einigung, und zwar auf Antrag der Arbeitnehmervertreter, die einwandten, daß das Reichsarbeitsministerium einen Entscheid in der Arbeitszeitfrage nicht treffen könne, weil durch die Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie die Arbeitszeit einheitlich für das ganze Reich festgelegt sei. Es ginge nicht an, daß einzelne Bezirke aus diesen zentralen Abmachungen herausgerissen würden. Man einigte sich deshalb dahingehend, daß zunächst die Reichsarbeitsgemeinschaft bis zum 30. Mai eine Lösung der Arbeitszeitfrage versuchen müsse. Bis zum 12. Juni soll dem Reichsarbeitsministerium über das Ergebnis der Verhandlung im Sozialausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft Mitteilung gemacht werden.

Berichtigung.

In unserem Aufsatz „Rückschau auf die Lohnbewegung der Textilarbeiter in Südbayern“, in Nr. 20, ist uns ein bedauerliches Versehen unterlaufen, welches wir hierdurch richtigstellen möchten. In der zweiten Spalte, auf der ersten Seite, heißt es: daß am 21. April in Nürnberg das bayerische Landeseinigungsamt (Zweigstelle Nürnberg) für Nordbayern einen Schiedspruch fällte, der in seinen entscheidenden Teilen wie folgt lautet:

„Die Frage der Regelung der Arbeitszeit wird dem Sozialausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft“ usw.

Dieser zitierte Schiedspruch ist nicht in Nordbayern gefallt worden. In dem nordbayerischen Schiedspruch ist über die Regelung der Arbeitszeit überhaupt keine Abmachung enthalten. Der zitierte Passus ist irrtümlicherweise den schriftlich niedergelegten Einigungsabmachungen in Südbayern entnommen worden.

Aus den Gewerkschaften.

Friz Bruns tot.

Der Hauptkassierer des Fabrikarbeiterverbandes, Friz Bruns, ist, 65 Jahre alt, einem Schlaganfall erlegen. Der „Proletarier“, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, widmet ihm einen warmherzigen Nachruf, an dessen Schluß es heißt:

„Ein ehrlicher, offener Charakter war Friz Bruns eigen. Für seine Ueberzeugung war er bereit, jedes Opfer zu bringen. Diese seine Wesensart war es auch, die ihn bis zu seinem Tode seinem Ziel treu bleiben ließ. Wir ehren in Friz Bruns einen guten Kameraden, einen treuen Berater, einen Pionier unseres Verbandes, einen Sachwalter der Arbeiterbewegung — wir ehren in ihm einen unserer Besten. Und nun fahre wohl, lieber, alter Freund. Wir gedenken dein. Möge dir die Erde leicht sein!“

Aus der Textilindustrie.

Der Lohnkampf in der hessischen Textilindustrie. Zu einer machtvollen Kundgebung gestaltete sich eine am 13. Mai in Kassel abgehaltene Textilarbeiterversammlung. Etwa 3000 Textilarbeiter bewegten sich von ihren Arbeitsstätten nach dem großen Stadtparksaal, um zur Lage Stellung zu nehmen. Der große und der kleine Saal des Stadtparkes konnten die Arbeitermassen nicht fassen. Bis zum 12. Mai hatte die Arbeit in allen Betrieben ihren regelmäßigen Fortgang genommen, am 13. Mai erfolgte die Arbeitsniederlegung im gesamten Vertragsgebiet. Es ist aber Aussicht vorhanden, daß es zu einer baldigen Einigung kommt. Vorläufig jedoch ruht die Arbeit in den Textilbetrieben in Kassel, Hessa, Eschenstruth, Hess.-Lichtenau, Eschwege, Albgungen, Spangenberg, Melsungen, Hersfeld, Citra und Fulda. Es kommen 7520 Streikende in Betracht.

In Plauen i. V. sind über 1000 Tamburierer in den Streik getreten infolge ungenügender Lohnzugeständnisse.

Streik in den Webereien und Färbereien im sächsisch-thüringischen Textilbezirk. Ueber 36 000 in den Betrieben des Verbandes Sächs.-Thür. Webereien und in den Betrieben der Konvention Sächs.-Thür. Webereien Beschäftigte sind am 13. Mai in den Streik getreten. Die Beteiligung erstreckt sich auf die Orte Gera mit 7000, Glauchau 3500, Greiz 7700, Reichenbach i. B. 5000, Eilsterberg 1700, Kleinreinsdorf bei Neumühle 160, Meerane i. Sa. 4000, Neßschau i. B. 3500, Langenwiesendörfel-Reuß 350, Berga a. d. Elster 600, Langenberg-Reuß 250, Ronneburg S.-Th. 750, Weida i. Thür. 800, Lengsfeld i. B. 250, Gößnitz S.-Th. 250 und im Müßengrund 1000. Hierbei sind zirka 10 000 Beschäftigte aus den Betrieben der Konvention Sächs.-Thür. Färbereien mitgerechnet. Was ist die Ursache dieses Massenstreiks? Ab Januar 1919 bis Ende 1921 bildeten der Webereiverband und die Färbekonvention, Sitz Greiz, eine Arbeitsgemeinschaft mit den drei Textilarbeiterverbänden. In den Altersklassen von 14—16, 16—18, 18—20 und über 20 Jahren waren bei jedem Tarifabschluß die garantierten Stundenlöhne gleich in beiden Branchen. Für Akkordbeschäftigte mußte laut Richtlinie der Reichsarbeitsgemeinschaft der Akkordlohn nach so bemessen werden, daß 10—20 Proz. über den Zeitlohn verdient werden konnte. Für einige im Zeitlohn in Frage kommende komplizierte oder qualifizierte Abteilungen war ein kleiner Lohnzuschlag vorgesehen. Da die Webereibetriebe keine Färbereien und umgekehrt die Färbereibetriebe keine Webereien besaßen, mußte daran festgehalten werden, daß in beiden Branchen die gleichen Lohnsätze beizubehalten seien. Das ging der Färbekonvention gegen den Strich; sie hat sich nach Sachsen hin orientiert, ist aus der Arbeitsgemeinschaft in Greiz ausgeschieden, hat aber dann in Greiz mit den 3 Textilarbeiterverbänden eine eigene Arbeitsgemeinschaft oder Tarifgemeinschaft gebildet. Die Textilarbeiterverbände stimmten dem zu, hielten aber daran fest, daß in beiden Branchen die Löhne gleichbleiben müssen. So war es bis Mitte April 1922. Von da an hat die Färbekonvention „freiwillig“ pro Stunde eine Mark mehr gezahlt als der Webereiverband. Die Tarife liefen bis Ende April. Es haben dann am 28. und 29. April und 8. Mai mit dem Webereiverband Tarifverhandlungen stattgefunden und mit der Färbekonvention am 27. April. In diesen Tarifverhandlungen hat nun die Färbekonvention in der Spitze 18 Mk. Stundenlohn — für Mai — und der Webereiverband nur 16,50 Mk. angeboten. Für Akkordarbeiter (Weber) beträgt das Angebot 11,10 Mk. Grundlohn, auf den 15 Proz. Ueberdienst in den Akkordlohnätzen kalkuliert ist, und hinzu kommt noch die alte Feuerungszulage aus Februar-März-April in Höhe von 5 Mk. (für Arbeiter über 20 Jahre), so daß der Akkordweber mit seiner Akkordleistung insgesamt weniger Verdienst hat als dem Färbereiarbeiter im Zeitlohn angeboten ist. Gefordert war in beiden Branchen für über 20 Jahre alte männliche Arbeiter für Mai ein Stundenlohn von 20 Mk. Die Textilarbeiterverbände sind nicht gewillt, mit der Färbekonvention einen Tarifvertrag abzuschließen, bevor mit dem Webereiverband die Lohnsätze für Mai geregelt sind. Der neue Grundsatz des Webereiverbandes,

weniger als in Färbereien zu zahlen, wird durch den gewaltigen Streik zurückgewiesen.

Amerikanischer Textilarbeiterstreik und kein Ende. Den letzten Meldungen zufolge dauert der Textilarbeiterstreik in Nordamerika unverändert fort. Geringfügige Differenzen in zwei Osham-Spinnereien werden sehr wahrscheinlich eine allgemeine Aussperrung der Arbeiter zur Folge haben. Jedenfalls haben die Arbeitgeber ein Ultimatum gestellt, das zur sofortigen Arbeitsaufnahme auffordert. Demnach ist an eine Verständigung der Parteien vorläufig gar nicht zu denken.

Der neue Preisvorbehalt der Webereien beschloffen. Die in der Konventionsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände: Deutsche Tuchkonvention e. V., Verband sächsisch-thüringischer Webereien e. V., Verband der Fabrikanten von Damenkonfektions- und Kostümfabrikanten e. V., Verband deutscher Futterstoffwebereien e. V., Verband Lausitzer und Schlesischer Orleanswebereien e. V., Verband deutscher Krimmer- und Wollplüschfabrikanten e. V., haben laut „Konfektionär“ beschloffen, für Verkäufe vom 15. Mai 1922 an den folgenden Preisvorbehalt vom 5. Mai 1922 einzuführen: „Nach Abschluß des Kaufvertrages bis zur erfolgten Lieferung eintretende Erhöhungen der Herstellungs- oder sonstigen Selbstkosten, die unmittelbar beim Verkäufer selbst oder mittelbar bei seinem Lieferer zu seinen Lasten entstehen, berechtigen zu entsprechenden Preis-erhöhungen; diese dürfen jedoch höchstens 20 Proz. des Verkaufspreises betragen, sofern keine längere Lieferzeit als drei Monate — gerechnet vom Schluß des Monats der Auftragsbestätigung — vereinbart ist. Der Verband des Verkäufers bestimmt zu gegebener Zeit, ob und welche Preis-erhöhungen hiernach berechtigt und zu berechnen sind; hierbei wird nach Möglichkeit auf Art und Preislage der Ware Rücksicht genommen. Die Vorbehalt erstreckt sich nicht auf die Preisbewegung der Textil-Urrohstoffe (Wolle, Baumwolle, Lumpen, Seide, Kunstseide).“

Die Württembergische Kattunmanufaktur in Heidenheim (Brenz) ist vollständig niedergebrannt. 500 unserer Mitglieder sind durch den Brand arbeitslos geworden. — Zu dem Versicherungsverhältnis der durch Brandschaden betroffenen Gesellschaft erfährt die „Frk. Ztg.“, daß der gesamte Komplex des Unternehmens mit 150 Mill. Mk. gegen Feuer versichert ist. Davon entfallen auf die eigentliche Fabrik 50 Mill. Mk.; die restlichen 100 Mill. Mk. verteilen sich auf die Versicherung der Magazine usw. An der Versicherung beteiligt sind 30 Gesellschaften, also fast alle der deutschen Versicherungsvereinigungen, ferner mit etwa 10 Proz. der Versicherungssumme der Berlingkongern. Die Führung der Versicherungsgruppe liegt in Händen des Deutschen Phönix (Frankfurt a. M.). Die Aktien der Gesellschaften werden bekanntlich an der Stuttgarter Börse notiert. Ihr Kurs war neulich mit Rücksicht auf den Brand gestiegen. — Der Brandschaden war bis zum Redaktionschluß noch nicht bekanntgegeben.

Großfeuer in der Spinneret Löflichthal. Von einem großen Schadenfeuer ist auch die Spinneret Löflichthal G. m. b. H. heimgesucht worden. Dachstuhl und auch das erste Obergeschloß sind vollkommen vernichtet. Auch die wertvollen Maschinen sowie große Garnvorräte wurden ein Raub der Flammen. Der Gesamtschaden wird auf über 5 Mill. Mk. geschätzt.

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Ein Arbeitsjubilar. Der Seiler August Schmidt war am 16. Mai d. J. bei der Firma F. Troitzsch, Berlin-Tempelhof, Seil- und Kabelwerke, 25 Jahre ununterbrochen als Seiler tätig. Er war auch stets ein gutes und braves Mitglied unserer Organisation. Möge er uns allen noch recht lange erhalten bleiben.

Breslau. In der hiesigen Schillerschen Kammgarnspinneret sucht man den Arbeitern und Arbeiterinnen die „Breslauer Neueste Nachrichten“ aufzubringen — gratis. Danach scheint man anzunehmen, daß sie keine Zeitung bezahlen können. Hoffentlich richten die Herren Arbeitgeber demnächst allgemein die Löhne so hoch, daß die Arbeiterschaft auf eine Zeitung, die ihre Interessen vertritt, nicht zu verzichten braucht. Die „Neuesten Nachrichten“ sind eine solche Zeitung nicht, und die Arbeiter verzichten gern auf sie — auch als Geschenk.

Gelenau. Am 29. April hielten wir unsere Generalversammlung für das I. Quartal ab. Nach dem Rapportbericht, der zufriedenstellend war, gab Kollege Ernst Harzer Bericht von der Mitgliederbewegung, die eine gesunde Vorwärtsentwicklung aufweist. Kollege Badstübner von der Gauleitung behandelte Ursachen und Auswertungen der Konferenz in Gelenau in ausführlicher Weise. Dem vom Vorstand vorgelegten Entwurf eines Ortsstatutes stimmte die Generalversammlung einstimmig zu. Dasselbe trat am 1. Mai in Kraft. Als Hilfsarbeiter für den Außendienst wurde Kollege Oskar Reuter-Gelenau gewählt. Nach einigen anderen Wahlen wurden noch einige Entschädigungsangelegenheiten erledigt.

Kirchberg. In einer überaus gutbesuchten Mitgliederversammlung sprach Kollege Reichelt über das neue Arbeiterrecht. Er lehnte es in allen seinen Teilen ab und betonte, daß die Arbeiterschaft diesmal besser aufpassen müsse als es beim Betriebsrätegesetz geschah. Hier helfe kein Reden mit Engelszungen, der Kampf müsse geführt werden gegen die Väter dieses Monstrums, damit sie gewahrt würden, wie die Arbeiterschaft darüber denke. — Ein Diskussionsredner bemerkte, daß es ja gar kein Wunder sei, wenn man uns solche Verschlechterungen aufzwingen wolle; Handhaben dazu böten die Kalkül, Cohen, Zimbmann, Schippel usw., die für eine Verlängerung des 8-Stundentages eingetreten seien, und der bürgerlichen Sippe die Sache erst schmachtlich machten. Eine Resolution forderte von den Gewerkschaftsvorständen und dem ADGB, sowie von allen Arbeiterparteien die schärfste Kampfstellung gegen dieses Gesetz. Weiter sprach Kollege Reichelt über den Abwehrkampf der süddeutschen Metallarbeiter gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit. Er bemerkte, daß dieser Kampf kein Rechtskampf, sondern ein Machtkampf sei, den die Metallarbeiter für die gesamte deutsche Arbeiterschaft führten. Ehrenpflicht sei es, den Kämpfenden beizustehen. — Die Abrechnung vom ersten Quartal gab Kollege Klug. Mitgliederzahl und Lokalfassenbestand ist fortlaufend gestiegen. — Zur Ferienfrage wurde der von der Vollziehung der Betriebsräte gemachte Vorschlag, die Ferien einschließlich am Pfingstsonnabend beginnen zu lassen und am 10. Juni zu beenden, einstimmig angenommen, so daß trotz des zweiten Pfingstferientages die vollen Ferien genommen werden. Die Zustimmung der Unternehmer ist eingegangen.

Neugersdorf. In einer gut besuchten Versammlung der Betriebsräte der Textilindustrie innerhalb der Filiale nahm man Stellung zu der Lohnbewegung, sowie zu praktischen Fragen der Betriebsräte. Kollege Heinrich Richter gab einen Ueberblick über die Schwierigkeiten, die man bei den Verhandlungen mit dem ost-sächsischen Arbeitgeberverband zu überwinden hatte. Drei Tage habe man verhandelt, und das Resultat sei trotzdem kein zufriedenstellendes. Die Arbeiterschaft hatte in bezug auf den Ausbau der Tarife bestimmte Wünsche geäußert, aber die Unternehmer bekämpften mit einer unverständlichen Halsstarrigkeit jede Veränderung. Dieses kennzeichne den Geist und die Verfassung des ost-sächsischen Arbeitgeberverbandes. Am 3. Verhandlungstage standen wir vor dem Abbruch, um aber eine gütliche Einigung zu ermöglichen, wurde von uns ein Schiedsgericht zur Beilegung der Differenzen in Vorschlag gebracht. Dieses Schiedsgericht tritt aber nur zusammen, wenn sich beide Parteien schon im voraus seinem Spruch unterwerfen. Diesem Vorschlag sind die Arbeitgeber schließlich beigetreten, so daß nun das Schiedsgericht endgültig entscheidet. — In der Diskussion ergriff der anwesende Gauleiter Kollege Schafse das Wort und ermahnte die Kollegen, einig zusammenzutreten und keine Kräfte zu vergeuden in Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die uns bevorstehen. In der weiteren Aussprache erklärte man sich mit der Haltung der Verbandsleitung einverstanden, geistelte aber mit

scharfen Worten das Verhalten der Arbeitgeber. Beim 2. Punkt der Tagesordnung besprach Kollege Jung Fragen aus der Praxis der Betriebsräte. Er legte den Betriebsräten besonders ans Herz, dafür zu sorgen, daß alle Rechte, die aus dem Betriebsrätegesetz entspringen, ausgenutzt werden, denn die Unternehmer versuchen, die einzelnen Betriebe gegeneinander auszuspielen und somit systematisch so manche unserer Rechte illusorisch zu machen. Er teilte des weiteren noch mit, daß insgesamt 303 Betriebsräte in der Filiale vorhanden sind. Davon gehören an 248 dem Deutschen Textilarbeiterverband, 34 anderen freigewerkschaftlichen Organisationen und 21 dem Christlichen Textilarbeiterverband und dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband an. — Anschließend daran entwickelte sich eine lebhaft diskutierte. — Zum 3. Punkt, Ferienfrage, referierte Kollege Runze. Seine Ausführungen gipfeln darin, die Ferien in der ganzen Filiale möglichst einheitlich zu regeln.

Ein dementsprechender Antrag wurde angenommen. Es soll versucht werden, in allen Betrieben die Pfingstwoche als Ferienzeit festzusetzen. — Unter Gewerkschaftlichem kam der einige Wille zum Ausdruck, jeden Angriff auf den Achtstundentag mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren. Des weiteren erklärte die Konferenz, dem Konfektionsarbeiterstreik alle moralische und wenn es not tun sollte, auch finanzielle Hilfe zuteil werden zu lassen, denn der Kampf der Bekleidungsarbeiter sei auch unser Kampf.

Spremburg. Die Wahlen zu den Betriebsräten in den hiesigen Textilbetrieben hoben folgendes Ergebnis gezeitigt: Betriebsratsmitglieder und Betriebsobmänner insgesamt 150 (134 Arbeiter und 16 Angestellte). Davon gehören dem Deutschen Textilarbeiterverband an 126, anderen freien Gewerkschaften 1 und dem Gewerkschaftsverein (H.-D.) 8. In sechs Betrieben hatte der Gewerkschaftsverein eine eigene Liste aufgestellt. Bei den Wahlen erhielten der Deutsche Textilarbeiterverband 928 Stimmen, der Gewerkschaftsverein 267.

Literatur.

Das „Reichsmietengesetz“, das für die Allgemeinheit von einschneidender Bedeutung ist, bringt sowohl für den Mieter als auch für den Vermieter viele neue Bestimmungen, zu deren Durchführung der einfache Wortlaut des Gesetzes nicht ausreicht wird. Ein zuverlässiger Helfer für die praktische Anwendung des Gesetzes ist der soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, auf Grund des amtlichen Materials erschienene „Kommentar zum Reichsmietengesetz“ von Hans Krüger, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. (Ladenpreis gebestet 20 Mk., gebunden 30 Mk.)

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 28. Mai ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

Auf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Geschäftsführer gesucht!

Für die Geschäftsstelle Dresden unseres Verbandes wird ein Geschäftsführer gesucht.

Mit dem Verbandsleben vertraute und für den Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbstverfaßten und (handschriftlich) selbstgeschriebenen Aufsatz über die Aufgaben eines Geschäftsführers und mit schriftlichen, mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehenen Bewerbungen bis zum 3. Juni d. J. wenden an den Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7.

Bedingung ist: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung. Angabe der Beitragsklasse sowie des parteipolitischen Organisationsstandes.

Zeugnisse u. dgl. wolle man uns in Abschrift beifügen.

Gehalt nach den Beschlüssen des Beitrags vom 16. April 1922.

Das erste Amtsjahr ist Probejahr, währenddessen beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig ist.

Der Vorstand.

Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Schlag ist Sonnabend, der 27. Mai. An diesem Tage ist die graue Karte beiderseitig gewissenhaft auszufüllen, mit 1,25 Mark zu frankieren und sofort an die Zentrale einzusenden.

Die Filialkassierer werden ermahnt, die Mitgliederzahlen nur auf der Rückseite der Karte einzufügen. Auf der Vorderseite (wo das Wort „Postkarte“ steht) dürfen nur die Kurzarbeiter angegeben werden.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Kassel. Gerterode, Str. Borbis. (Neu.) V: August Behrens. K: Karl Becker.

Hoheneiche. V: Fr. Marie Brähler, Röhda, Post Datterode.

Gau Clegnitz. Marktissa. K und Geschäftsführer: Adolf Mische, Kirchstr. 20. Alle Sendungen an diesen.

Gau Berlin. Das Bureau der Gauleitung befindet sich Berlin O. 34. Am Comeniusplatz 4. Telefon Amt Königstadt, Nr. 8117.

Wittstock a. d. D. V: Wilhelm Brosch, Neue Poststr. 258.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 26. Mai

Verlag: Karl Hübich in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drexler in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Wirtschaftliche Beilage zum „Textil-Arbeiter“

Inhalt: Wirtschaftliche Übersicht. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im April 1922. — Aus der Textilindustrie. — Gewinne in der Textilindustrie.

Wirtschaftliche Übersicht.

Man kann nicht sagen, daß sich die deutsche Wirtschaft in einer Krise befindet, aber ungewissheit machen sich einige krisenhafte Erscheinungen bereits bemerkbar. Es ist eine gewisse Unsicherheit eingetreten, der Ansturm der Käufer auf dem Warenmarkt hat nachgelassen, man deckt sich nur für den unmittelbaren Bedarf ein und hütet sich ängstlich, zu größeren Lagerbeständen zu kommen. Den äußeren Anlaß dazu gab Ende April der Rückgang der ausländischen Zahlungsmittel; so fiel der Dollar von über 300 bis auf 252 M. Daß sich daraus ein katastrophaler Kurssturz mit nennenswerter Preisrückgang entwickeln würde, war zwar nicht zu erwarten, aber trotzdem legte man sich sofort allgemeine Zurückhaltung auf. Man mußte ja nicht, wie die Konferenz von Genua auslaufen würde; aber je weiter die dortigen Verhandlungen fortschritten, desto klarer wurde es, daß man alle die strittigen Fragen: die deutsche Wiedergutmachung, das russische Problem, die internationale Anleihe, nicht sofort lösen werde. Zuweilen schien es, als ob die Konferenz ganz aufstehen werde. Die Gegensätze, besonders zwischen der französischen und der englischen Auffassung gegenüber Rußland, waren so schroff, daß es der ganzen Geschicklichkeit der Konferenzregie bedurfte, um die Verhandlungen weiter zu führen. Dazu kam der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages, der auf die Konferenz hein wie eine Sprengbombe gewirkt hat. Schließlich ist man aber doch noch zu einem leidlichen Einverständnis gekommen, wenn auch nicht über die endgültige Lösung des russischen Problems, so doch vorläufig über die Grundlagen für die weiteren Diskussionen. Genua ist beendet, Haag soll die Fortsetzung bringen.

Man muß sich hüten, die Bedeutung des zwischen Rußland und Deutschland abgeschlossenen Vertrages zu überschätzen, wie es in der Presse nach seinem Bekanntwerden der Fall war. Er wird an dem bisherigen Zustande, soweit die wirtschaftlichen Beziehungen in Frage kommen, wenig ändern. Er kann in politischer Bedeutung für Deutschland wenigstens das eine Gute haben, daß Rußland die deutschen Interessen beim Abschluß von Verträgen mit anderen Staaten nicht zurücksetzen darf. Der Wiederaufbau Rußlands kann nicht von Deutschland allein geleistet werden, sondern diese Frage ist nur im Einverständnis mit allen Industriestaaten der Welt zu lösen. Weder ein einzelnes Land noch ein einzelner Kapitalist oder eine einzelne kapitalistische Gruppe gibt nach Sowjetrußland Kredite, solange diese nicht durch die politische Macht der größten Staaten der Welt garantiert werden. Das Proletariat hat ein Interesse daran, daß die Sowjetregierung nicht durch ein reaktionäres bürgerliches Regiment abgelöst wird; das Kapital aber fragt nur nach der Sicherstellung seiner Geschäfte, und dafür gibt ihm die augenblickliche politische Verfassung Rußlands nicht die notwendige Gewähr. Bisher sind auch tatsächlich nur verhältnismäßig geringe Abschlüsse mit Rußland zustande gekommen; was darüber, mit Ausnahme der Hilfeleistung für die Hungernden, geliefert wird, muß in Gold oder in goldwerten Papieren bezahlt werden. Rußland aber braucht Kredite in riesigem Umfang für den Wiederaufbau seiner Transportwege, es braucht Maschinen, Werkzeuge und Geräte für die Industrie, es braucht große Mengen von Saatgut, Düngemitteln und industriellen Erzeugnissen für seine Landwirtschaft. Die Vereinigten Staaten lehnen es grundsätzlich ab, mit der Sowjetregierung zu verhandeln, die französische Regierung will erst die kapitalistischen Eigentumsrechte wieder gesichert sehen, bevor sie an weiteren Erörterungen teilnimmt. Die russischen Vertreter haben sich in Genua zu weitgehenden Zugeständnissen veranlaßt gesehen; ob sie genügen werden, um im Haag ein wirklich greifbares Ergebnis zustandezubringen, ist noch ungewiß. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß das deutsch-russische Abkommen auf den

Stand der deutschen Wirtschaft

bisher noch keinerlei Einfluß ausgeübt hat, und es ist auch nicht zu erwarten, daß von ihm größere Wirkungen ausgehen werden, solange nicht das allgemeine Abkommen zustande gekommen ist. Die deutsche Industrie ist zwar im allgemeinen mit Aufträgen noch auf Monate hinaus versehen, aber es wird allgemein befürchtet, daß mit der Stabilisierung der deutschen Währung über einen längeren Zeitraum hinaus eine Absatzstockung eintritt. Welche Folgen das für die Arbeiterklasse haben kann, dafür gibt uns die Tschechoslowakei ein drohendes Beispiel. Dort haben sich die Währungsverhältnisse von den Schwankungen der deutschen Währung freigemacht, der Wert der tschechischen Krone hat sich in seinem Verhältnis zur deutschen Mark seit Jahresfrist beinahe verdoppelt. Die Folge davon ist, daß die tschechische Industrie auf den Märkten, auf denen sie mit der deutschen Industrie konkurrieren muß, zurückgedrängt wird und keine Aufträge mehr bekommt. Die tschechischen Unternehmer suchen sich den schädlichen Wirkungen dieser Entwicklung durch Betriebseinsparungen und Lohnherabsetzungen zu entziehen, das heißt, sie wollen mit den Kosten der Wirtschaftskrise die Arbeiterklasse belasten. Die kleine Tschechoslowakei zählt bereits rund 300 000 Arbeitslose, dazu muß die ganze Arbeiterschaft fortwährend heftige Kämpfe gegen beabsichtigte Lohnherabsetzungen führen. In Deutschland rüsten sich die Unternehmer bereits zu ähnlichen Angriffen auf das Proletariat. Seit vielen Wochen schon stehen die süddeutschen Metallarbeiter in einer Abwehraktion gegen die Versuche der Industriellen, die 46-Stundenwoche zu beseitigen und an ihre Stelle die 48stündige Arbeitswoche zu setzen. Das bedeutet nichts anderes, als die Vorbereitungen zu einem Generalangriff des deutschen Unternehmertums auf den Arbeitstagen überhaupt. Mit voller Einmütigkeit haben denn auch die süddeutschen Metallarbeiter den Sinn dieses ersten Angriffs verstanden, denn sie wissen, daß die Abwehr um so schwieriger wird, je näher der Beginn einer wirklichen Krise sich ankündigt.

Diese allgemeine Lage der deutschen Wirtschaft spiegelt sich auch in dem augenblicklichen Stande der deutschen Textilindustrie wider. Schon im April, nach Beendigung des Ostergeschäfts, war im Handel ein Rückgang zu verzeichnen. Die Fach-

presse der Unternehmer behauptet, daß sich bereits englischer und schweizerischer Wettbewerb fühlbar mache; die Preise seien in Deutschland so hoch gestiegen, daß die deutsche Textilindustrie ihre Konkurrenzfähigkeit mit ausländischen Waren einzubüßen beginne. Man wird dieser Behauptung keinen besonderen Glauben beimessen dürfen, sie dient wohl lediglich dazu, die berechtigten Forderungen der Textilarbeiter nach angemessener Erhöhung ihrer Löhne zurückzuweisen. Die Tatsache kann jedenfalls nicht bestritten werden, daß zwar die Unternehmer ihre Gewinne auf Weltmarkthöhe und darüber hinaus geschraubt haben, daß dagegen die Löhne der Arbeiter noch außerordentlich weit hinter den Löhnen des Auslands zurückbleiben. Im Widerspruch zu dieser Behauptung von der beginnenden Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Textilindustrie steht eine andere Mitteilung, wonach das Ausland erhöhtes Interesse für deutsche Textilwaren zeige. Es haben sich viele Amerikaner eingefunden, die namentlich Bedarf in Strümpfen und Trikots hatten, an die Chemnitzer Industrie sehr beträchtliche Orders gaben und auch Kleiderstoffe, Leinenwaren, Seidengewebe und Samte bestellten, „soweit sie ihre umfangreichen Aufträge noch unterbringen konnten“, wie es in dem Bericht der „Textilwoche“ heißt. Auch Holland, Italien, England und Skandinavien sind auf dem deutschen Textilmarkt als Auftraggeber anzutreffen. Auf dem Inlandsmarkt dagegen ist es ohne Zweifel ruhiger geworden. Die Preise sind so hoch gestiegen, daß die breite Masse der Bevölkerung als Käufer fast völlig ausgeschaltet wird. Darunter hat aber mehr der Handel als die Industrie zu leiden, die schon in voller Tätigkeit für den Herbst und den Winter steht. Es liegen bereits seit Anfang des Jahres größere Abschlüsse für die kältere Jahreszeit vor; in der letzten Zeit haben die Vorausbestellungen freilich beträchtlich nachgelassen, da bei den ungewissen wirtschaftspolitischen Aussichten die Abneigung gegen jedes Geschäft, das mit irgendwelchem Risiko verknüpft ist, naturgemäß wächst. Auch auf den

Märkten für Rohtextilien

ist es stiller geworden. Die Spinnereien halten mit Käufen zurück, weil sie sich zur Ausführung der laufenden Aufträge eingedeckt haben und sich für späteren Bedarf lieber mit Devisen, als mit Rohware versehen. Die Preise sind im allgemeinen den Schwankungen der Devisenkurse gefolgt; die Weltmarktpreise für Baumwolle haben auf ungünstige Nachrichten aus den wichtigeren Anbaugebieten verhältnismäßig stark angezogen. Am 29. April notierte greifbare Rohbaumwolle in New York mit 18,35 Cents, am 1. Mai mit 20, am 13. Mai mit 20,15 Cents. Das sind die höchsten Preise, die seit Oktober vorigen Jahres gezahlt wurden. In Bremen notierte Rohbaumwolle Ende April, als der Dollar über 300 M. stand, 144,80 M., mit dem Dollarrückgang fiel auch der Preis für Baumwolle auf 105,25 M. Mitte Mai stand der Dollar wieder auf 286 und die Baumwolle auf 134,10 M. Von den englischen Wollverfeinerungen wird berichtet, daß rege Kaufkraft herrschte und die verlangten höheren Preise bereitwillig gezahlt wurden. Da die Preise für Wolle in Deutschland, in Mark umgerechnet, schon jetzt ungewöhnlich hoch sind, so eröffnen sich dem deutschen Konsumenten für den Herbst und Winter sehr trübe Aussichten!

Aus den einzelnen Bezirken der Textilindustrie

liegen folgende Berichte vor: Im Gera-Gröizer Bezirk, der wochenlang von Einkäufern geradezu überlaufen war, ist es ruhiger geworden, kein Großstift läßt sich mehr sehen, nur wenige briefliche Bestellungen gehen augenblicklich ein. Doch kann man annehmen, daß die Unternehmer selbst auf diese Zurückhaltung hingearbeitet haben, um ihre Position gegenüber den Arbeitern, die sich in einem schweren Lohnkampf befinden, zu verbessern. Trotz des Ausbleibens neuer Aufträge sind die Fabriken stark beschäftigt, „so stark, daß eigentlich Ueberstunden gemacht werden müßten“, wird berichtet. Die Mechanische Weberei in Hannover läßt gegenüber anderslautenden Gerüchten verkünden, daß der Geschäftsgang nach wie vor außerordentlich zufriedenstellend sei. „Alle Ware, die wir bis Ende des Jahres herstellen können, ist verkauft“, teilt sie mit. In den niederrheinischen Spinnereien ist die Beschäftigung für die nächsten Monate noch gehäufert; dem augenblicklich geringeren Verkehr wird nur geringere Bedeutung beigemessen. Im Industriegebiet von Barmen rechnet man damit, daß das Geschäft nach der Konferenz von Genua wieder eine erhebliche Belebung erfahren wird. Augenblicklich ist man in allen Branchen noch sehr gut beschäftigt; auch das Ausland hat viele Aufträge erteilt. Bezeichnend ist folgende Stelle in dem Bericht der „Leipziger Wochenschrift für Textilindustrie“: „Den Herstellern seidener Bänder ist die Mode auch sehr günstig, und es kommen sehr gute Aufträge herein. Die sehr hohen Preise, die heute für diese Bänder verlangt werden müssen, halten die Aufträge aber vielfach in engeren Grenzen, denn die beschränkte Kaufkraft weiter Kreise der Bevölkerung erlaubt nicht eine so umfangreiche Anwendung dieses Hut- und Kleiderpuzzes, wie die Mode sie wohl vorschreibt.“ Was von diesem Modeartikel gesagt wird, das gilt auch für andere, wichtigere Erzeugnisse der Textilindustrie!

Im M.-Gladbacher Bezirk ist die Beschäftigung in allen Betrieben nach wie vor sehr flott, „und es ist unbedingt nötig, mit Ueberstunden zu arbeiten, um den Ansprüchen und den gestellten Anforderungen gerecht zu werden“, sagt die oben erwähnte Fachzeitung. In der Blaener Stickerei- und Spitzenindustrie wird die Lage als andauernd günstig bezeichnet; auch die Ausrüstungsindustrie, die Webereien und die Tambourbranche sind anhaltend flott beschäftigt. In der Sächsisch-Thüringischen Textilindustrie hat sich die weitere Geschäftsentwicklung trotz fortgesetzter Preissteigerung für alle Rohmaterialien nicht hemmen lassen. Die Spinnereien sind auch weiterhin voll beschäftigt; in Gemeben ist besonders vom Ausland für den Winter schon viel bestellt worden. Aus dem Chemnitzer Bezirk wird berichtet, daß die Strumpfindustrie heute mehr Waren ins Ausland schafft als je zuvor. Die Fabrikanten führen darüber Beschwerde, daß die beim Export erzielten Gewinne nicht ihnen, sondern den exportierenden Firmen zugute kämen. In dieser Beziehung werden wohl Fabrikant und Händler einander nicht viel vorzuwerfen haben;

beide verstehen es gleichermaßen, die höchsten Gewinne einzuheimsen. In der Stoffhandelsbranche besteht nach dem „Konfektionär“ eine in dem Maße nie gefannte Nachfrage. In erster Linie kaufen Amerika und England; die ausländischen Häuser geben ganz riesige Aufträge. Die Lage wird als durchaus günstig beurteilt; wenn auch das Inlandsgeschäft sich weiter abschwächen sollte, so seien doch die weiteren Aussichten für den künftigen Export recht gut.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat April 1922.

Das Ergebnis der Aprilzählung ist wiederum etwas günstiger als im Vormonat. Als arbeitslos wurden gemeldet: 572 männliche und 1203 weibliche, zusammen 1775 Mitglieder. Im Vormonat betrug die Gesamtzahl arbeitsloser Verbandsmitglieder 1886. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen ist von 625 auf 572 und die der weiblichen von 1261 auf 1203 gesunken.

Die Gesamtarbeitslosigkeit im Verbandsgebiet, in Prozenten ausgedrückt, beträgt 0,27, im Vormonat 0,3 Prozent. Die Berichterstattung der Gesamtmitgliedschaft betrug für den Monat April 95,1 Prozent, im Vormonat 93,6 Prozent, mithin: Zunahme 1,5 Prozent. Nicht berichtet haben 70 Filialen mit 34 344 Mitgliedern, darunter sind 6 Filialen mit Geschäftsführern; es sind dies die Filialen Göttingen, Stuttgart, Kirschau, Hersfeld, Ulm und Rößwein. Die drei letzteren haben die Karten verspätet eingesandt, so daß sie zur Bearbeitung nicht mehr verwendet werden konnten.

Der Verband hat in diesem Monat eine Zunahme von 14 442 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl für den Monat April ist folgende: 235 470 männliche, 458 812 weibliche, zusammen 694 282. Die Zunahme der männlichen Mitglieder beträgt 3471, die der weiblichen 10 971.

Kurzarbeit.

Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat sich im Berichtsmonat wieder verringert. Es arbeiteten verkürzt: 811 männliche und 1445 weibliche, zusammen 2256. Im Vormonat hatten wir 1459 männliche und 3341 weibliche, zusammen 4800 Kurzarbeiter zu verzeichnen, das ist eine Abnahme von 2544 Personen. In Prozenten 0,3 (im Vormonat 0,8 Prozent) Kurzarbeiter.

Es arbeiteten verkürzt wöchentlich um: 1—8 Stunden 57 Betriebe mit 506 männlichen und 867 weiblichen Mitgliedern; 9—16 Stunden 18 Betriebe mit 163 männlichen und 219 weiblichen Mitgliedern; 17—24 Stunden 8 Betriebe mit 142 männlichen und 359 weiblichen Mitgliedern; 25 und mehr Stunden keine.

Insgesamt sind 2256 Kurzarbeiter im Verband, das sind 0,3 Prozent der gesamten Mitgliedschaft.

Bemerkung betreffend Kurzarbeiterzählung. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß viele Ortskassierer die Zählarten der monatlichen Arbeitslosenzählung falsch ausfüllen. Auf der vorderen Seite der Karte (wo das Wort „Postkarte“ steht) darf nur die Zahl der Kurzarbeiter eingetragen werden und nicht die Mitgliederzahl.

Aus der Textilindustrie.

Anerkennung der Forderungen der nordfranzösischen Textilindustrie. Die deutsche Textilindustrie wehrt sich augenblicklich mit Recht gegen die Forderungen der Reparationskommission, die für die nordfranzösische Textilindustrie, und zwar für den Bezirk St. Quentin, nicht weniger als 3000 moderne Spinnmaschinen fordert. Die deutsche Textilindustrie stellt fest, daß die Franzosen das 30—50fache von dem fordern, was sie in Wirklichkeit verloren haben. Von einem genauen Kenner der Verhältnisse wird den „N. N.“ dazu u. a. geschrieben: Die Forderung der Reparationskommission auf 3000 Spinnmaschinen ist in der Tat geradezu ungeheuerlich. St. Quentin, das eines der französischen Textilzentren vor dem Kriege war, besaß allerdings eine Anzahl Fabriken, die Spinnmaschinen arbeiten ließen. Neben drei Großbetrieben bestanden etwa 10—12 Schweizer und etwa 3—4 Ateliers, in denen Spinnmaschinen zu finden waren. Vor der Räumung St. Quentins im Herbst 1916 wurden die Maschinenanlagen, Fabrikgebäude und Lagerbestände der Schweizer Firmen durch die Wirtschaftsabteilung des U. D. K. II genau aufgenommen. Die Entschädigungssummen wurden den Schweizer Inhabern zum Teil noch vor Beendigung des Krieges ausgezahlt. Die Zahl der Spinnmaschinen in St. Quentin hat in Wirklichkeit kaum 300 betragen. Ein Teil der von den Franzosen jetzt reklamierten Spinnmaschinen ist übrigens vor der Besetzung der Stadt durch die Franzosen und Engländer nach Maubeuge geschafft worden, wo sie die Franzosen später in völlig unversehrtem Zustande nach unserem Rückzuge im November 1918 wieder übernehmen konnten.

Internationaler Baumwollkongress. In Stockholm wird in den nächsten Tagen ein internationaler Baumwollkongress stattfinden, der sich mit der Frage des Schiedsgerichts im Baumwollhandel, mit der Lage der Baumwollproduktion, der Baumwollindustrie und der 48-Stundenwoche in den Baumwollspinnereien und -webereien befassen wird.

Gewinne in der Textilindustrie.

(Aus dem Märzbericht des Informationsbureaus.)

In den letzten Tagen ging eine Notiz durch die gesamten Fachzeitschriften der deutschen Textilindustrie und durch die bürgerliche Tagespresse, in der versucht wird, die Gewinne der deutschen Textilindustrie als eine Lappalie gegenüber den horrend gestiegenen Löhnen der Textilarbeiterschaft darzustellen. In diesem Artikel wird wohl zugegeben, daß teilweise 40 und mehr Prozent Dividende erzielt worden sind, da aber diese Gewinne nur Papiermark seien, wäre das Ergebnis in Goldmark umgerechnet gleich 0 Prozent. Weiter wird ausgeführt, daß die von bewußter Seite bei der Herausstreichung der hohen Riesengewinne in der Textilindustrie geübte Methode nur einige Gesellschaften mit hohen Dividenden zitiere und dieses Ergebnis dann auf alle Gesellschaften verallgemeinere. Die Millionenverluste der Unternehmer beachte man gar nicht bzw. man verschweige sie.

Soweit nun für das Geschäftsjahr 1921 die Abschlüsse der Textilaktiengesellschaften veröffentlicht sind, ist uns nicht eine einzige Firma bekannt, die überhaupt einen Verlust laut Bilanz aufzuweisen hätte, was schon die unten folgende Tabelle, die fast alle namhaften bayerischen Textilfirmen (ohne Auswahl) enthält, beweist. Im Gegenteil, eine Durchschnittsdividende mit 30 Proz. ist nicht zu niedrig bemessen. Wohlweislich unterläßt es der obige Artikelschreiber darauf hinzuweisen, daß die Dividende doch gar nicht der einzige Ausdruck der Gewinnerzielung bzw. -verteilung ist. Die eigentlichen Gewinne fließen aus anderen Quellen, die im übrigen auch unseren Lesern bekannt sind.

Das Gerede von den hohen Dividenden (so heißt es in der Rechtfertigung weiter) werde ferner durch die Tatsache widerlegt, daß durch die kolossale Kapitalknappheit, an der die gesamte Industrie leide, diese gar nicht in der Lage sei, die angeblich hohen Gewinne auszugeben. — Daß bei der fortschreitenden Marktentwertung der Kapitalbedarf der Industrie ein großer ist, wird zugegeben. Dieser Zustand liegt dann aber in der Infation begründet, womit also nicht gesagt werden kann, daß dadurch die Gewinnerzielung beeinträchtigt

wird. Am übrigen darf nicht vergessen werden, daß gerade durch die Inflation neue Gewinne, die sogenannten Valutagewinne, entstehen. Einleuchten kann uns nun nicht, daß trotz der vorhandenen Kapitalnot der Industrie bei der Beschaffung von Kapital, welche in den meisten Fällen durch Erhöhung des Aktienkapitals die notwendigen Kapitalien bringen soll, in sehr vielen Fällen nicht den an Kapitalmangel leidenden Aktiengesellschaften zugeführt wird, sondern in Form von Gratisaktien und sonstigen Vorteilen beim Bezug junger Aktien den Aktionären der Aktiengesellschaften zufließen! Um hier nur ein Beispiel anzuführen: Die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei Bremen gibt jetzt laut Beschluß der Generalversammlung vom 13. September 1921 für 22 Millionen Mark Genußscheine gratis an die Aktionäre dieser Gesellschaft aus, was nichts anderes heißt, daß die Aktionäre ein Geschenk von 22 Millionen Mark erhalten. So sieht also die Kapitalnot der Textilaktiengesellschaften aus!

Auch in unserer Tabelle sind einige Unternehmen angeführt, die ihr Betriebskapital, das sie notwendig gebrauchen, verschleppen. Es sei nur auf die Neue Baumwollspinnerei Bayreuth verwiesen. Unbegreiflich ist uns ferner, daß entgegen dem Mangel an Betriebsmitteln die neuen Aktien fast durchweg zu ihrem Nennwert, der in der Regel 1000 Mk. beträgt, an die Aktionäre begeben werden ungeachtet ihres eigentlichen Börsen- bzw. Kurswertes, der beispielsweise 30 000 Mk. pro Aktie beträgt, aber trotzdem den Aktionären zum Nennwert, in selteneren Fällen mit einem geringen Agio (Aufgeld) angeboten werden.

In diesem Zusammenhange sei auch der Herren Aktionäre der notleidenden Textilindustrie gedacht, die doch für ihr Aufsichtsratspöstchen bei nur einer Aktiengesellschaft für einzelne Stunden Tätigkeit jährlich an die Tausende mehr verdienen als ein Textilprolet im ganzen Jahr bei voller achtstündiger Arbeitszeit. Dabei kommt es nicht selten vor, daß die Herren Aufsichtsräte in mehr als einer Aktiengesellschaft ihre Tätigkeit als Aufsichtsrat ausüben, sich also ihre arbeitslosen Einkommen um die gleichen Beträge verdreifachen, vervielfachen usw.

Um zu zeigen, wie unsere Textilindustrie für ihre Aufsichtsräte sorgt, sei hier ein Auszug aus dem Gesellschaftsvertrag der 'Lüllfabrik Mehltheuer Aktiengesellschaft' wiedergegeben, der auf der letzten Generalversammlung dieser Gesellschaft wie folgt endgültig festgelegt wurde:

„Die von der Generalversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates haben Anspruch auf Ersatz der bei Ausübung ihrer Tätigkeit*) entstehenden baren Auslagen. Sie erhalten außerdem eine feste, unter den Handlungsunkosten zu verrechnende Vergütung von soviel mal 5000 Mk., als solche Aufsichtsratsmitglieder während des ersten Quartals des jeweiligen Geschäftsjahres vorhanden sind, zuzüglich einmal 5000 Mk., ferner von dem Reingewinn, welcher nach Vornahme sämtlicher Abschreibungen und Rücklagen sowie nach Abzug eines für die Aktionäre bestimmenden Betrages von 4 Proz. des eingezahlten Grundkapitals verbleibt, einen Anteil von 10 Proz. Die Lantiemsteuer trägt die Gesellschaft. Die Verteilung der festen Vergütung und des Gewinnanteils unter die von der Generalversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates bestimmen diese.“**)

Aus einer Besprechung der Bilanz der 'Baumwollspinnerei Erlangen' im 'Spinner und Weber' sind wir in der Lage zu entnehmen, daß für die Aufsichtsräte eine Lantieme für das letzte Geschäftsjahr (1921) von

344 535,00 Mark

ausgeworfen wurde. Außer dieser Summe kommen natürlich noch Entschädigungen für die Ausübung der Aufsichtsrats-tätigkeit und sonstige Vergütungen hinzu. Bemerkenswert ist hierbei noch, daß es heute (gegen früher) nur noch in den seltensten Fällen möglich ist, aus den veröffentlichten Bilanzen zu ersehen, welche Summen an Lantieme und sonstigen Vergütungen den Aufsichtsräten zur Verfügung gestellt werden. Man hat dabei natürlich seine guten Gründe, diese „aufzubrechen“ Summen der Öffentlichkeit vorzuenthalten.

Aber auch über die hier angeführten Argumente wird sich der Verfasser der eingangs erwähnten Rechtfertigung mit einer Handbewegung hinwegsetzen, da es ja nur „Papiergewinne“ seien. Mögen sich doch diese Herren immer vor Augen halten, daß auch die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Lohnforderungen von seiten der Arbeiterschaft auch nur „Papiermark“ sind!

Geht es aber der Textilindustrie einmal schlecht und der schon öfter genannte Artikelreiber sieht sich wieder genötigt, ein neues

*) Also außer Lantieme noch Entschädigungen.

**) Die Lüllfabrik Mehltheuer ist in der glücklichen Lage, aber 8 Aufsichtsräte, die sich aus den Kreisen der Fabrikbesitzer, Bankiers usw. rekrutieren, verfügen zu können.

Klagelied über das dem Verhungern nahe Unternehmertum der Textilindustrie zu schreiben, so möchten wir ihm den guten Rat geben, alle in den Bilanzen der Textilindustrie mit einer Mark zu Buche stehenden Maschinen, Gebäude, Inventare usw. mit einer Mark diese Werte enteignen und sie den Werken zum neu geschätzten Werte zu verkaufen. Die sich daraus ergebenden Milliardenbeträge werden sicher dazu beitragen, alle Klagen aus dem Textilunternehmerlager über Kapitalnot usw. zum Verschwinden zu bringen.

Die nun folgende Tabelle stellt die Ergebnisse von 22 bayerischen Textilaktiengesellschaften dar. Besonders für die bayerischen Kollegen mag diese Aufstellung aktuell sein, weil mit ihr zeitlich das Verlangen der bayerischen Textilunternehmer nach Verlängerung der Arbeitszeit, um die Produktion rentabler zu gestalten, zusammenfällt. Unsere Kollegen werden jedenfalls vergeblich nach den Millionenverlusten suchen, die die deutsche Textilindustrie erlitten haben soll. Das Entgegengesetzte ist der Fall; die tatsächlichen Gewinne im Verhältnis zum Aktienkapital betragen in der Regel 100, 200 und mehr Prozent.

Gegen vernünftige Abschreibungen und Reserven wird kein Mensch etwas einzubringen haben, auch die Arbeiterschaft nicht. Wenn aber Millionenbeträge für einzelne Konten in einem Jahr zurückgelegt werden, von den übrigen Bilanz- bzw. Gewinnverfleinerungen ganz abgesehen, so läßt dieses Finanzgebahren den Schrei der Unternehmer nach Arbeitszeiterlängerung in einem eigenartigen Lichte erscheinen.

Hat doch die Neue Baumwollspinnerei Bayreuth bei einem durchschnittlichen Aktienkapital von 13,5 Millionen Mark einen laut Bilanz ausgewiesenen Reingewinn von 18 113 000 Mk. erzielt. Ferner hat diese Firma noch 3 Millionen Mark für Reserven und zirka 4,5 Millionen Mark für Werkerhaltungs-fonds zurückgelegt, die ausgegebenen 6,75 Millionen Mark Gratisaktien sollen nur nebenbei mit erwähnt werden. Die Spinnerei Neuhof hat bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark neben 0,75 Millionen Mark Gratisaktien einen Steuerreservenfonds von 2,5 Millionen Mark angelegt; die Baumwollspinnerei Senkelbach bei einem Aktienkapital von 1 Million Mark hat sich einen Werkerhaltungs-fonds von 1,5 Millionen Mark zugelegt usw.

Selbst bürgerliche Blätter machen Front gegen diesen jedem gefunden Menschenverstand hohn sprechenden Gewinnshacher.

Am Hand der Tabelle sich ein Urteil selbst zu bilden, überlassen wir unserer Kollegen-schaft.

Firma und Geschäftsjahr	Aktienkapital in Millionen Mark	Laut Bilanz ausgewiesener Reingewinn ohne Vortrag in		Ausgezahlte Dividende in	Tatsächlicher Reingewinn, soweit aus der Bilanz ersichtlich		Firma und Geschäftsjahr	Aktienkapital in Millionen Mark	Laut Bilanz ausgewiesener Reingewinn ohne Vortrag in		Ausgezahlte Dividende in	Tatsächlicher Reingewinn, soweit aus der Bilanz ersichtlich			
		Mk.	%		Mk.	%			Mk.	%		Mk.	%	Mk.	%
Baumwollspinnerei Kolbermoor 31. 12. 21	8,0	4 404 576	55	2 400 000	30	600 000 Abschreibungen 600 000 Reservefonds II 865 964 Unterst. f. Beamte 4 000 000 Werkerhaltung 4 404 576 ausgw. Reingew. 9 970 540 insgesamt =	125	Baumwollweberei Böslingsweiler 31. 12. 21	1,2	457 102	51,4	360 000	30	180 000 Abschreibungen 400 000 Werkerhaltung 238 500 Reserven 25 000 Dispositionsfonds 457 102 ausgw. Reingew. 1 280 602 insgesamt =	106,7
Baumwollspinnerei A.-G. Augsburg 31. 12. 21	1,375	1 572 031	73,2	656 250	85	842 359 Abschreibungen 452 674 Rücklagen 1 372 031 ausgw. Reingew. 2 167 064 insgesamt =	115,6	Augsburger Wuntweberei vorm. L. A. Riebing 30. 9. 21	8,5	1 982 664	60	990 000	30	236 934 Abschreibungen 2 000 000 Werkerhaltung 160 000 Sonderrücklage 50 777 Außerord. St. 1 982 664 ausgw. Reingew. 4 486 375 insgesamt =	135,9
Baumwollspinnerei Unterhaußen 31. 12. 21	8,2	3 125 036	98	800 000	25	520 700 Abschreibungen 240 000 besondere Res. 2 000 000 Werkerhaltung 300 000 Wohlfahrt 3 125 036 ausgw. Reingew. 6 185 768 insgesamt =	198	Neue Augsburger Kattunfabrik 30. 6. 21	2,1 am 28. 4. 21 erhöht auf 3,8 ¹³⁾	1 088 274	52	578 000	18	2 000 000 Erneuerung 400 000 Wohnhäuser 1 088 274 ausgw. Reingew. 3 483 274 insgesamt =	166 ¹⁴⁾
Baumwollspinnerei Senkelbach i. Augsburg 31. 12. 21	1,0	644 262	65	800 000	90	200 000 Amortisation 1 500 000 Werkerhaltung ¹⁾ 644 262 ausgw. Reingew. 2 344 262 insgesamt =	234,4	Mechanische Baumwollspinnerei Rempten vorm. Gebr. Denzler 30. 6. 21	1,0	642 587	64	390 000	83	12 557 Amortisation 60 000 Divid. Ergänz. 359 128 Diverses 642 587 ausgw. Reingew. 1 074 217 insgesamt =	107,4
Baumwollspinnerei am Stadtbach in Augsburg 31. 12. 21	9,0	4 755 821	53	3 159 000	35 ¹⁵⁾ 6 B. Akt.	731 765 Abschreibungen 9 910 000 Erneuerung 4 755 821 ausgw. Reingew. 15 397 586 insgesamt =	171	Augsburger Kammgarnspinnerei A.-G. 31. 12. 21	5,9 am 30. 8. 21 erhöht auf 11,9 ¹⁵⁾	7 229 282	60	3 550 000	37	184 489 Abschreibung ¹⁶⁾ 5 000 000 Werkerhaltung 1 384 856 Rückl. f. Pension. 1 000 000 Dekrederie 7 229 282 ausgw. Reingew. 14 748 627 insgesamt =	189 ¹⁷⁾
Neue Baumwollspinnerei in Bayreuth 31. 12. 21	13,5 am 18. 2. 22 erhöht auf 20,25 ¹⁾ b. Gratisakt.	18 113 008	89,5	7 087 500 und 6,75 Mill. Gratisakt.	35	2 960 000 Reserven 4 320 000 Werkerhaltung 18 112 608 ausgw. Reingew. 25 392 608 insgesamt =	188 ¹⁸⁾	Altien-Färberei Münchberg vorm. Knab & Linhardt 31. 12. 21	4,0 am 4. 11. 21 erhöht auf 7,5 ¹⁸⁾	3 092 718	41	2 130 000	80	339 935 Abschreibung ¹⁹⁾ 3 092 718 ausgw. Reingew. 3 432 653 insgesamt =	78 ²⁰⁾
Spinnerei Neuhof in Hof 31. 12. 21	2,25 am 2. 4. 21 erhöht auf 3,0 b. Gratisakt. am 4. 11. 21 weiter erhöht auf 4,5 ⁴⁾	7 175 695	159,5	1 800 000 und 0,75 Mill. Gratisaktien	40	103 839 Amortisation 2 500 000 Steuerres.-Fonds. 653 617 Bau-fonds 364 519 weitere Reserb. 7 175 695 ausgw. Reingew. 10 797 670 insgesamt =	352,5 ⁵⁾	Mech. Bindfadenfabrik Schreßheim 31. 12. 21	1,8	235 522	18,1	156 000	12	59 626 Abschreibungen 375 000 Werkerhaltung 36 492 Dispos.-Fonds f. Beamte u. Arb. 235 522 ausgw. Reingew. 706 440 insgesamt =	54,3
Mech. Baumwollspinnerei und -weberei in Stauffbeuren 31. 12. 21	2,4	1 506 585	54,4	840 000	35	240 000 Abschr. u. Rückst. 168 767 Erneuerungen 1 600 000 Werkerhaltung 234 538 Pensionsreserve 1 306 585 ausgw. Reingew. 3 549 890 insgesamt ⁶⁾ =	147,9	Hanswerkle Fäulen-Jmmenstadt A.-G. Fäulen 31. 12. 21	27,0 am 24. 9. 21 erhöht auf 32,0 ²¹⁾	9 119 010	31	6 995 000	25	281 353 Amortisation 10 305 396 Reserven 4 000 000 Erneuerung 600 000 Dekrederie 9 119 010 ausgw. Reingew. ²²⁾ 24 805 759 insgesamt =	87,3
Mech. Baumwollspinnerei und -weberei in Rempten 31. 12. 21	8,0	2 289 710	76,3	1 050 000	35	449 989 Abschr. u. Inter. 2 000 000 Werkerhaltung 2 289 710 ausgw. Reingew. 4 739 699 insgesamt =	157,9	Baumwollspinnerei Erlangen 31. 12. 21	10,0 am 15. 7. 21 erhöht auf 18,0 ²³⁾	3 356 278	27	2 500 000	20	550 000 Reserven 691 864 Abschreibungen 3 356 278 ausgw. Reingew. 4 598 142 insgesamt =	33 ²⁴⁾
Mech. Baumwollspinnerei und -weberei in Augsburg 31. 12. 21	7,5	6 118 831	81,5	2 625 000	35	1 571 725 Amortisation 5 000 000 Werkerhaltung 223 011 Pensionsfonds 6 118 831 ausgw. Reingew. 12 908 067 insgesamt =	172	Rulmbacher Spinnerei 31. 12. 21	6,0	4 293 216	71,5	1 500 000	25	694 949 Abschreibung ²⁵⁾ 500 000 Sonderrücklage 500 000 f. Pensionen usw. 2 000 000 Vaurücklage 4 292 216 ausgw. Reingew. 7 987 165 insgesamt =	135
Mech. Baumwollspinnerei und -weberei in Bamberg 31. 12. 21	5,32 am 22. 12. 21 erh. auf 8,32 ⁷⁾	5 380 729	64	2 806 400	35	791 331 Abschreibungen 6 000 000 Werkerneuerung 5 380 729 ausgw. Reingew. 12 122 060 insgesamt =	227,8 ⁸⁾	Altmayer Baumwollspinnerei und Weberei Blaihaach 31. 12. 21	5,0 am 12. 12. 21 erhöht auf 5,5 ²⁷⁾ durch Genußscheine (Gratisaktien)	3 563 435	71,3	1 500 000 und 0,5 Mill. Genußscheine (Gratisaktien)	13	750 000 Rücklagen 500 000 Genußscheine 600 000 Abschreibungen 3 563 435 ausgw. Reingew. ²⁸⁾ 5 413 435 insgesamt =	108,3
Hausstetter Spinnerei u. Weberei Augsburg 31. 12. 21	2,8	1 299 746	46	840 000	30	1 050 000 Werkerhaltung 867 419 Abschreibungen 1 299 746 ausgw. Reingew. 2 717 165 insgesamt =	97	Mechanische Weberei am Fichtelbach i. Augsburg 31. 12. 21	1,5 ²⁹⁾	904 846	60,3	450 000	30	116 463 Amortisation 400 000 Werkerhaltung 36 092 Soz. Fürsorge 904 846 ausgw. Reingew. 1 457 401 insgesamt =	97,2
Spinnerei und Wuntweberei Pfersee 31. 12. 21	4,0	3 888 118	85	1 000 000	25	429 858 Abschreibungen 3 000 000 Werkerhaltung 400 000 Wohlf., Untst.-F. 3 888 118 ausgw. Reingew. 7 217 976 insgesamt ⁹⁾ =	180,4	Mech. Weberei Fischen in Sonthofen 31. 12. 21	1,2	617 293	51,4	360 000	30	71 472 Abschreibungen 617 293 ausgw. Reingew. 688 765 insgesamt =	57,8 ¹¹⁾
Weberei Ott A.-G. Fürth i. B. 31. 12. 21	8,0	6 618 634	83	2 800 000	35	2 500 000 Werkerhaltung 400 000 Abschreibung ¹²⁾ 6 618 634 ausgw. Reingew. 9 518 634 insgesamt =	119								

1) Außerdem Amortisationsfonds von 3049 267 Mk. — 2) Die Erhöhung um 6,75 Mill. Gratisaktien nimmt am Gewinn des Geschäftsjahres 1921 voll teil. — 3) Aktienkapital zu 13,5 Mill. gerechnet. — 4) Erhöhung um 1,5 Mill. ab 1. 1. 1921 gewinnberechtig. Bezugskurs 108%. 2:1 (Am 25. 3. 22 Aktienkapital um weitere 1,5 Mill. Gratisaktien erhöht. — 5) Aktienkapital gerechnet zu 3,063 Mill. — 6) Maschinen der Weberei stehen mit 91 433,32 Mk. zu Buche. — An Werksstätten waren 1920 allein 816 Stück vorhanden. — 7) Das um 3 Mill. erhöhte Aktienkapital ist ab 1. 1. 1921 gewinnberechtig. Ausgabemobilien: 185% 5:3 (Aktien à 1000 Mk.). Kurs Ende Dezember 1921: 1520 — 8) Aktienkapital von 6,32 Mill. zugrunde gelegt. — 9) Die Bilanz enthielt ferner einen Posten von 3980 124 Mk. für Steuern und Verpfändungen. — 10) Am 25. 3. 22 auf 4,0 Mill. erhöht. Gewinnberechtig ab 1. 1. 22. Ausgabekurs 200% 1:1. Kurs Ende März 1922: 2210. — 11) Einrichtungen und Liegenschaften stehen mit 250 000 Mk. zu Buche. — 12) Grundstücke und Gebäude stehen mit 165 317 zu Buche. Maschinen mit 5. — 13) Am 28. 4. 21 um 1,7 Mill. erhöht. Bedingungen fehlen. — 14) 2,1 Mill. zugrunde gelegt. — 15) Erhöhtes Aktienkapital ab 1. 1. 21 gewinnberechtig. Ausgabekurs 100%. Kurs Anfang April 1922: 1725. — 16) Liegenschaften stehen mit 500 000 Mk. zu Buche. — 17) Aktienkapital von durchschnitlich 7,62 Mill. berücksichtigt. — 18) Erhöhtes Aktienkapital ab 1. 1. 21 bindendberechtigt. Zugabe um 100% 1:1. Kurs Ende November 1921: 2570. — Von den erhöhten 3,5 Mill. brauchen nur 2,75 Mill. zur Käufe bezahlt werden. — 19) Maschinen und sonstige Utensilien stehen mit 1. — 20) Am 1. 1. 21 zu Buche. — 21) Im Geschäftsjahr 1921 für 183 230 Mk. angekauft. Maschinen wurden gleichfalls bis auf 1. — 22) Abgeschrieben. — 23) Aktienkapital ca. 4,4 Mill. gerechnet. — 24) Die neuen 5 Mill. Aktien nehmen ab 1. 7. 1921 an Dividende teil. Davon werden 2,5 Mill. zu 170% 10:1 begeben. Kurs Anfang April 1922: 825 — 25) Aktienkapital durchschnitlich zu 28,25 Mill. gerechnet. — 26) Von den erhöhten 3 Mill. nehmen 2,5 Mill. ab 1. 1. 21 am Gewinn teil. Begebungskurs 150% 4:1. Zeitiger Kurs: 1790 (Ende März). — 27) Davon erhalten die Aufsichtsräte 34483 Mk. Lantieme. — 28) Aktienkapital von 14 Mill. zugrunde gelegt. — 29) Maschinen stehen mit 600 000 Mk., Utensilien mit 2. — 30) Am 1. 1. 21 zu Buche. — 31) Das um 0,5 Mill. erhöhte Aktienkapital besteht aus Genußscheinen, welche mit 13% am Gewinn des Jahres 1921 teilnehmen. — 32) Aktienkapital zu 5,0 Mill. gerechnet.